

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

126 (15.12.1923)

Erste
bis auf weiteres einmal
Samstag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Ausreiter
ohne Bestellgeld
für Dezember Goldmark 0,60
freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags
geschloffen.
Fernsprechanschluß Nr. 11.
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 8 Goldpf.
Familien-Anzeige 5 Goldpf.
Reklament: Die 37 mm breite
Millimeter-Zeile 24 Goldpf.
mal Schlüsselzeile, wie sie vom
Berein deutscher Zeitungverleger
für alle Zeitungen verbindlich jede
Woche festgesetzt wird.
Grundbesitz im Anzeigen- und
Leitartikel ist frei.
Bei Wiederholungen tarifierter
Reklament, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
treibung und bei Konkurs erlischt.
Plagiatvorwürfe werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigenannahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 126.

Samstag, den 15. Dezember 1923.

84. Jahrgang

Ernsteste Finanzlage des Reiches.

Ruf nach ausländischer Hilfe.

Berlin, 13. Dez. Die Blätter beschäftigen sich heute mit der katastrophalen Finanzlage des Reiches, das tatsächlich mit seinen finanziellen Mitteln am Ende seiner Kraft ist. In einer Notverordnung sei bereits die erste für Januar fällige Rhein- und Ruhrabgabe neben den Vorauszahlungen auf die Umsatz- und Einkommensteuer verfügt worden, damit dem Reich über die nächsten Schwierigkeiten hinweggeholfen wird. An eine wirkliche Ordnung der Reichsfinanzen sei jedoch ohne Hilfe des Auslandes nicht zu denken. Es sei ein Schritt der deutschen Regierung in der Frage einer ausländischen Anleihe geplant und zwar soll, wie die Blätter betonen, mit einem Appell an die am Versailler Vertrag beteiligten Mächte und neutralen Mächte herangetreten werden, in dem die katastrophale Lage des Reiches dargelegt wird. Endgültige Schritte der Reichsregierung über geplante Maßnahmen liegen noch nicht vor. Was die Kreditverhandlungen mit einzelnen ausländischen Mächten betrifft, ist bekannt, daß eine Stokung in den schwebenden Verhandlungen eingetreten ist. Die Regierung macht jedoch alle Anstrengungen, um diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis zu führen. Sie ist auf alle Fälle bestrebt, mit der Entente zu Verhandlungen zu kommen, an denen Deutschland als gleichberechtigter Macht teilnehmen kann.

Beamtenfragen.

Die verlängerte Arbeitszeit. — Sofortiger 20prozentiger Abbau bei passivem Widerstand.
Berlin, 12. Dez. Wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, setzt das Reichskabinett in den nächsten Tagen die Arbeitszeit der Beamten durch einen Beschluß fest. Die Regierung vertrete den Standpunkt, daß die unter sehr erträglichen Bedingungen arbeitenden Beamten eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen müßten als die Bergarbeiter, die jetzt unter Tage acht Stunden, über Tage sogar zehn Stunden tätig sind. Uebrigens hätten die Bergarbeiter als sie dieser Regelung zustimmten, keinen Zweifel darüber geäußert, daß eine entsprechende Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamten Voraussetzung sei. Aus verschiedenen Andeutungen glaube die Regierung entnehmen zu müssen, daß sich die Beamtenenschaft mit Streikabsichten oder doch zumindest mit der Absicht trägt, durch passiven Widerstand die geplante Entscheidung bis zu einem gewissen Grade illusorisch zu machen. In einem solchen Falle würde der fünfundsiebenzigprozentige Beamtenabbau sofort durchgeführt werden. Man würde sein Hauptaugenmerk auf solche Beamten richten, die durch Resistenz gegen die neue Arbeitszeitregelung zu opponieren versuchen sollten.

Ist doch wohl zweifelhaft. Es wäre kaum zu erwarten, daß man durch Neuwahlen die augenblicklich bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege räumen kann. Mit größerer Wahrscheinlichkeit wird man dem Versuche von Koalitionsbildungen entgegengehen können. Und hier ist von großer Bedeutung, daß die konservative Partei keineswegs ein einheitliches Gebilde ist, sondern auf dem linken Flügel zahlreiche Elemente hat, die den Liberalen nähern und auf der Rechten die extremen Diehards stehen. Da der extreme konservative Gedanke politisch und wirtschaftlich in England abgewirkt hat, so kommt vielleicht auch dort eine Regierung der Mitte zustande, die allerdings dann wesentlich tragfähiger sein wird als die entsprechende deutsche Koalition.

Poincares Ziel.

Die Trennung der Rheinlande vom Reich.

Paris, 10. Dez. Der den Professorenkreisen der Sorbonne nachsehende Professor Emile Kahn, ein führendes Mitglied der Liga für Menschenrechte, schreibt heute in der „Revue“ in der Öffentlichkeit würden die Franzosen bejubelt, die Trennung der Rheinlande von Deutschland zu verlangen, nicht allein wirtschaftlich, sondern auch politisch, nicht allein die Trennung von Preußen, sondern auch die Trennung von Deutschland selbst. Der französische Oberkommissar Girard werde beschuldigt, ein rheinisches Diplomatenkorps einzurichten zu wollen und der rheinischen Bevölkerung jede Beteiligung im Reichstag zu verweigern. Der Verfasser sagt: „Sind das wirklich die Absichten des Oberkommissars? Man gerührt nicht, es der Öffentlichkeit zu sagen: auf alle Fälle entsprechen sie französischen Präferenzen.“ Er werde demnächst zeigen, wie derartige Präferenzen mit der Auffassung Poincares im Zusammenhang stehen und daß dessen Politik auf die Zerstückelung des Reiches abziele. Schon jetzt wolle er der Freunde Frankreichs wegen die an einen „Methodenwechsel“ glaubten, die Erklärung wiederholen, die Poincare am 30. November in der Kammer abgegeben habe.

Eine furchtbare Missetat.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ im Ruhrgebiet, Merinson, schreibt seinem Blatte: Augenblicklich seien im Ruhrgebiet mehr Leute am Verhungern, als in irgend einem anderen Bezirk von demselben Umfange der Welt. 95 Prozent der Bergwerke lägen still. Auf allen Eisenbahnlinien ständen Güterwagen zu Hunderten und verfaulten. Trotz Poincares Bekundungen befänden sich noch 4000 politische Gefangene in Gefängnissen. Jeder Tag werde die Not aller Kreise untragbarer machen. Es sei unfähig, wie die Menschen von ihrem trockenen Brot, Kartoffeln, Strohballen und billiger Margarine lebten. Die während des Krieges geborenen Kinder seien schon schwach genug, aber die in diesem Jahr zur Welt kommenden Kinder dürften keine menschlichen Wesen sein. Wenn, wie jedermann im Ruhrgebiet glaube, Poincares wirkliches Ziel nicht Reparationen, sondern die Vernichtung des deutschen Volkes sei, so habe er wenigstens einen zeitweiligen Erfolg. Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ genießt den Ruf eines objektiven Berichterstatters. Er ist nicht „deutschfreundlich“.

Frankreich und die Menschlichkeit.

Paris, 7. Dez. Die „Humanité“ teilt mit, daß fünfhundert deutsche Kinder nach Frankreich kommen sollten, um in fünfjähriger Arbeiter- und Bauernfamilien gute Pflege zu genießen. Der französische Botschafter in Berlin habe sich korrekt benommen, habe seine Unterstützung versprochen und die Erlaubnis seiner Regierung nachgeholt. Diese sei jedoch verweigert worden. Die kommunistische Kammerfraktion hat daraufhin einen Schritt bei der Regierung unternommen, diese habe erneut beraten, aber ihre Weigerung aufrecht erhalten. Wir stellen, so schreibt die „Humanité“, diesen unmenslichen Akt vor der öffentlichen Meinung der Welt und vor allen Männern und Frauen, die noch ein Herz im Leibe haben, an den Pranger!

Das „arme“ Frankreich.

Paris, 10. Dez. Ministerpräsident Poincare hat in den Senatsausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten Erklärungen über die Kredite an die Länder der Kleinen Entente und Polen abgegeben. Diese Kredite belaufen sich auf 400 Millionen Franken für Polen, 300 Millionen Franken für Serbien und 100 Millionen Franken für Rumänien. Die Kredite dienen zu Rüstungen.

Neue deutsche Vorschläge?

Paris, 10. Dez. In seiner gestrigen Abendausgabe schreibt der „Temps“: Aus Berlin wird mitgeteilt, daß Deutschland neue Vorschläge nach Frankreich richten wird. Es soll sich um wirtschaftlich-politische Vorschläge handeln. Wir wissen nicht, was sie uns bringen werden. Wenn sie erfolgen, dann werden sie mit aller Aufmerksamkeit, die sie verdienen, geprüft werden. Selbstverständlich versprechen sie nur einen Nutzen, wenn sie auf offiziellem Wege an uns gelangen werden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß Deutschland noch immer keinen Gesandten in Paris hat, obwohl der Ruhrstreik ohne Widerrede zu Ende gegangen ist.

Die angebliche Einigung zwischen England und Frankreich.

London, 12. Dez. Durch die Londoner Blätter wird das Gerücht über eine bevorstehende französisch-britische Vereinbarung über die Rheinlande als falsch bezeichnet.

Die Fein-Arbeit im Ruhrgebiet.

Essen, 10. Dez. Wie wir hören, haben die Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerke heute beschlossen, nur in denjenigen Betrieben die Produktion wieder aufzunehmen, in denen sich die Arbeiterschaft mit der Wiedereröffnung der

Starke Befragung des Hausbesitzes. — Eine Mietzinssteuer.

Berlin, 14. Dez. Wie die „Börs. Ztg.“ mitteilt, dürfte nach dem Vorschlag die Lohnsteuer für 1924 monatlich 72 Millionen Goldmark, also annähernd 300 Millionen Goldmark jährlich einbringen, eine Summe, die ungefähr den vierten Teil des Steuer Gesamteinkommens des Reiches darstellt. Ueber die dritte Steuerreform, die in den nächsten Wochen erlassen werden soll, teilen die Blätter mit, daß sie eine Erfassung der Spekulationsgewinne, Herabziehung der Hausbesitzer und der Obligationsschuldner vorsehen. Ferner ist eine Mietzinssteuer geplant, die auf den gesamten städtischen Hausbesitz gelegt werden soll. Voraussetzung dafür ist, daß im Laufe des kommenden Jahres die Mieten wieder auf die Vorkriegeshöhe gebracht werden. Von den Mieterträgen sollen dann wahrscheinlich etwa 50 Prozent an den Fiskus abgeführt werden. Diese Steuer, deren Ertrag unter Zugrundelegung der Vorkriegsmieten zwei bis drei Milliarden Goldmark ausmachen würden, sollen den Ländern überlassen werden, die sie wahrscheinlich ganz oder teilweise den Gemeinden zur Verfügung stellen werden.

Die Lage.

Die Reichsregierung hat jetzt die Vollmacht zu handeln und muß sofort zur Tat übergehen. Es handelt sich fürs Erste um die Lösung eines einfachen Rechenproblems. Nach dem Verschwinden des Billionenschleiers zeigen sich jetzt die Dinge in nackter Wirklichkeit und es ergibt sich jetzt die ganz einfache Konsequenz, daß die Regierung sich unter allen Umständen nach der vorhandenen Geldbedeckung strecken muß. Ein Mittel muß gefunden werden, um die glücklich begonnene Währungsreform vor dem Verfall zu bewahren. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Einschränkung, die sich die Regierung auferlegen muß, ganz außerordentlich harte Wirkungen auslöst, namentlich in der Festsetzung der Beamtengehälter, die außerordentlich niedrig bemessen werden müssen. Erschwerend kommt hinzu, daß zu Beginn des nächsten Jahres, auch diese Besoldungsmittel nicht vorhanden sein werden, wenn es der Regierung bis dahin nicht gelingt, neue Einkünfte zu erschließen.

Der Finanzminister hat in seiner letzten Rede im Reichstage mit heiligem Ernst versprochen, daß eine neue Inflation nicht verschuldet werden soll. Es bleibt dann nur noch der Weg einer ganz gründlichen Steuerreform, die dem Reiche nicht nur genügend hohe, sondern auch sofort greifbare Mittel zuführt. Und hier wird die erste Aufgabe des Kabinetts zu suchen sein. Auf Grund des Artikels 48 sind schon die Vorbereitungsmaßnahmen getroffen worden. Die Durchführung der Steuern im einzelnen wird jetzt auf dem Verordnungswege erfolgen und es wird dabei von dem Grundgedanke ausgegangen werden, daß unser Steuerapparat auf eine ganz elementare Form vereinfacht werden muß, wenn er seine Schuldigkeit tun soll. Der Steuerzahler, der bisher im großen und ganzen gute Tage gehabt hat, wird das neue Steuerregime zweifellos sehr stark vermissen. Für manche werden die Steuern hart und drückend sein und das um so mehr, als die Steuer manchen seit Jahren überhaupt nicht gedrückt hat. Wir werden uns aber auch wieder an das Steuerzahlen gewöhnen müssen, denn nur, wenn man dem Staat gibt, was des Staates ist, werden wir die Vorzüge der Währungsreform uns dauernd erhalten können.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik wird die Auswirkung der englischen Neuwahlen die Hauptsache sein. Es ist in England die bisher noch niemals dagewesene Zustand eingetreten, daß eine Partei für sich allein nicht imstande ist, eine Regierung zu bilden. Das englische parlamentarische System war vollständig ausgebaute auf dem Grundsatze des Wechsels zwischen zwei Parteien. Die Wahlschlacht bestätigte entweder die Herrschaft der bis dahin regierenden Partei oder aber sie verschaffte der Oppositionspartei die Regierungsgewalt. Durch das Ausreten der englischen Arbeiterpartei ist dieses Grundverhältnis der englischen Politik vollständig verschoben worden und die Parteien stehen jetzt vor der in Deutschland ja leider Gottes nur allzu bekannten Frage: Was nun? Man kann aber mit Sicherheit annehmen, daß man sich in England sehr rasch zu helfen weiß. Ob man wirklich dazu übergehen wird, nochmals Neuwahlen vorzunehmen, und zwar diesmal unter einer anderen Parole,

Aus politisch-parlamentarischen Kreisen wird Folgendes bekannt:

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Reichsregierung trotz aller Anstrengungen den Haushalt durch allergrößte Sparsamkeit durch Gelbverwertung der gesamten Steuern, durch Abstoppen der Noten-Presse, usw. in Ordnung zu bringen, dies nicht mit diesen Mitteln allein und aus eigener Kraft erreichen wird. Es kann nicht deutlich genug gesagt werden, daß die Reichsfinanzlage gegenwärtig einen Ernst aufweist, der kaum noch zu überbieten ist. Der der Reichsregierung zur Verfügung stehende Rentenmarkkredit in Höhe von 1200 Millionen wird infolge der ungeheuren Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung bald aufgebraucht sein. Einen weiteren Kredit erhält das Reichsfinanzministerium von der Rentenbank auf keinen Fall; denn die Leitung der Rentenbank hat sich bekanntlich wiederholt aufs schärfste gegen eine weitere Herabgabe von Rentenmarkkrediten an die Reichsregierung ausgesprochen, und es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Leitung der Rentenbank sogar mit Rücktritt gedroht hat, falls sie gezwungen werden sollte, diesen Standpunkt aufzugeben, der im übrigen von der Reichsregierung voll gewürdigt wird. Aber auch die Reichsregierung hat sich durch die Erklärung des Finanzministers im Reichstage festgelegt, daß sie nicht beabsichtigt, die Kreditgrundlage der Rentenbank weiter anzustreifen. Da, wie gesagt, alle noch so energischen Sanierungsmaßnahmen der Reichsregierung nicht ausreichen können, um aus dieser katastrophalen Finanzlage herauszuführen, wird der Reichsregierung nichts anderes übrig bleiben, als Hilfe vom Ausland zu holen. Wenn auch gegenwärtig hoffnungsvolle Ansätze zu erfolgreichsten Anleiheverhandlungen mit dem Auslande vorhanden sind, so würde aber auch ihr Zustandekommen noch nicht ausreichen, um das Finanzelend zu beseitigen. Es ist darum die Frage aufgetaucht, ob sich die Reichsregierung nicht offiziell mit einem Hilferuf an das Ausland wenden solle. Wenn auch kaum zu erwarten ist, daß ein solcher Hilferuf in den Ländern der Entente Gehör finden würde, so wäre doch seine Wirkung auf die übrigen Nationen abzuwarten. Es wird darum von sehr ernst zu nehmender Seite vielfach der Wunsch geäußert, daß Deutschland seinen Appell an den Völkerbund direkt richten solle, was ja in der Geschichte der Nachkriegsjahre nicht ohne Beispiel wäre, da doch Oesterreich denselben Weg beschritten hat, der den Nachbarstaat tatsächlich auch zur Sanierung führte.

Neue Steuerlasten in Sicht.

Die Reichsregierung gegen die Aufwertung der Hypotheken.

Berlin, 12. Dez. Wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, wird der ersten Steuerverordnung, die aufgrund des Artikels 43 der Reichsverfassung ergangen ist, in kürzester Frist eine zweite Steuerverordnung folgen, die ungemein steiferen Lasten auferlegen wird. Eine dritte Verordnung über die Steuern ist ebenfalls in Arbeit und steht unmittelbar vor dem Abschluß. Sie wird im wesentlichen die Frage des Lastenausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden klären. Zugleich wird in dieser Verordnung voraussichtlich auch die Frage der Hypotheken-Aufwertung eine endgültige und zwar negative Klärung in der Richtung erfahren, daß eine solche Aufwertung als nicht möglich betrachtet wird und daß die durch Schuldentlastung berechneten Kreise dagegen in stärkstem Maße zur Steuerleistung herangezogen werden sollen. Diese außerordentlich weitgehenden Eingriffe haben sich nach eingehender Prüfung der Verhältnisse notwendig gemacht, weil unter allen Umständen sowohl eine Ausweitung der Rentenmarkkredite wie jede andere Inflationsmöglichkeit durch die Reichsregierung ausgeschlossen werden muß und weil auf der anderen Seite der von Seiten der Rentenbank dem Reich gewährte Kredit so rasch zu Ende zu gehen droht, daß sofort gleichzeitig mit der Erdrosselung der Ausgaben eine starke Erhöhung der Einnahmen bewerkstelligt und gesichert werden muß. Insbesondere ist die Reichsregierung darauf angewiesen, schon im Laufe des Monats Dezember neue große Einnahmequellen zu erschließen, da sonst in allerletzter Frist effektive Zahlungsunfähigkeit eintreten würde.

16stündigen Schicht elaverstanden erklärt. Auf verschiedenen Werken, so auf einigen des Thyssenkonzerns wie auch bei den rheinischen Stahlwerken, wird bereits wieder in 10stündiger Schicht gearbeitet.

Die Vergewaltigung der Pfalz.

Korrespondenz der Separatisten. — Eine neue Auflage des Saarstreifens.

München, 11. Dez. Die Separatisten versuchen in der letzten Zeit von den Landbürgermeistern Lokalitätsverklärungen für die neue Separatistenregierung zu erzwingen, teilweise mit vorgeschaltener Pistole unter Androhung der Freiheitsberaubung. So wurden gestern in den Bezirken Bergzabern und Ludwigshafen die Landbürgermeister vorgeladen und von ihnen unter schärfster Drohung Lokalitätsverklärungen erpreßt. Diese Lokalitätsverklärungen sind nicht so sehr für die Separatisten bestimmt als für die Franzosen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Erklärungen an die interalliierte Rheinlandskommission nach Koblenz weitergeleitet werden. (1) Von Paris würde das Ergebnis nach England gemeldet und bei den Engländern und in allen Ländern Propaganda gemacht, als wenn die ganze Bevölkerung hier den Separatisten liehe. Das bedeutet eine neue Aufgabe des Saarstreifens und der Vergewaltigung der Pfalz. Die französische Politik will sich für ihre künftige Arbeit in der Pfalz jetzt schon die moralischen Argumente sichern. Die Ausweisungen gehen bereits in die Duzende. Die Separatisten haben auch ein Standgericht in Speyer eingesezt und machen sich dadurch die Zustimmung an, die sie unter den Augen der Franzosen ausüben. Dieses Standgericht hat sogar schon eine Todesstrafe ausgesprochen. Allerdings wurde der Verurteilte dann zu Gefängnis und einer hohen Geldstrafe begnadigt. Den Separatisten konnt es eben hauptsächlich darauf an, Geld zu erpressen. Die Mitwirkung des französischen Bezirksdelegierten bei diesen Lokalitätsverklärungen ist offenkundig. Verschiedene Landbürgermeister wurden bei den Delegierten vorstellig, um ihren Standpunkt in der Angelegenheit darzulegen. Teilweise sprachen dabei die Delegierten Drohungen aus.

Stuch vor dem Franken im besetzten Gebiet.

Essen, 10. Dez. Im rheinisch-westfälischen Devisenverkehr hat die Abschwächung der Auslandsbörsen zu Beginn der neuen Woche noch weitere Fortschritte gemacht, nachdem infolge der Einigung der Kölner Banken mit den Berliner Stellen die Wiederaufnahme selbständiger Devisennotierungen an der Kölner Börse aufgehoben ist und durch die wieder aufgenommenen Berliner Devisennotierungen auf Kölner Anmeldungen der dortige Devisenverkehr eine weitere Berengung erfahren hat. In eine ganz eigenartige Lage ist durch die Entwicklung des Marktkurses der französische Franken geraten, der in besetzten Rhein- und Ruhrgebiet, abgesehen von der englischen Besatzungszone, eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt, da nicht nur Kohlesteuern, Zölle, Frachten, Eisenbahnpreise usw. in Franken zu entrichten sind, sondern auch die Eisenbahner, sowie die Angestellten der französisch-belgischen Besatzungsbehörden in Franken entlohnt werden. Während die französische Wechselstuben Franken zu dem sogenannten Cours du Secteur, zurzeit 800 Milliarden, abgeben, gibt die Eisenbahnregie den Franken seit einigen Tagen zu 500 Milliarden ab und im Straßenhandel kann man Franken zu 250 bis 300 Milliarden kaufen. Das hängt wesentlich damit zusammen, daß infolge der bisher erfolgreichen Marktstabilisierung die Geschäftswelt keine Neigung mehr zeigt, Franken in Zahlung zu nehmen und infolgedessen ein starkes Frankenangebot einseitig der Empfänger von Frankenkühen und -gehältern herrscht, eine Erscheinung, die sogar vom Oberrhein und aus Bonn gemeldet wird, wo vor kurzem noch Papiermark kaum in Zahlung genommen wurde.

Ein rheinisches Notgeld für das besetzte Gebiet mit Ausnahme der Pfalz.

Düsseldorf, 11. Dez. Es ist im Einvernehmen mit der Reichsregierung gelungen, ein gemeinsames wertbeständiges Notgeld für alle Gemeinden des besetzten Gebietes zu schaffen, und zwar des Gebietes, das sich von Dortmund bis nach Ludwigshafen, erstreckt und Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Hessen und die Rheinprovinz umfaßt. Die Ausgabe des wertbeständigen Geldes erfolgt durch die Landesbank der Rheinprovinz, die für die gesamten Landesbanken die Geschäfte wahrnimmt. Die Vorbereitungen zur Ausgabe des Geldes sind soweit gediehen, daß, wenn keine unvorhergesehenen Störungen eintreten, im Januar 1924 der gesamte Zahlungsmittelbedarf der besetzten Gebiete auf diese Weise wertbeständig gedeckt werden kann. Mit

der Befragung hat man die notwendigen Verhandlungen eingeleitet. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen in diesen Tagen sowohl für das alt- wie für das neubesetzte Gebiet günstig zu Ende geführt werden.

Die französische Korruptionswirtschaft.

Berlin, 10. Dez. In einem Duisburger Telegramm des „Berliner Montagspost“ werden Angaben über die finanziellen Hintergründe der separatistischen Bewegung gemacht. In dem Telegramm heißt es: Der separatistische Bürgermeister von Duisburg, Engel, habe während seiner Amtstätigkeit große Bestände des für die Erwerbslosen bestimmten Mehles unterschlagen und daraufhin von dem französischen Kreisdelegierten in Duisburg ein Ultimatum erhalten, das Mehl wieder zu beschaffen. Als Engel in seiner Not sich an den separatistischen Innenminister Dehnen wandte, erklärte dieser anfangs, die Rheinlandskommission erteile keine Kredite mehr. Am Abend desselben Tages teilte Dehnen dann mit, man habe noch einmal einen Kredit von der Rheinlandskommission erhalten und Engel versammlung des Matthes'schen Kumpfkabinetts, die nach der Bekommen davon 5000 Franken. In einer Vertrauensmänner-Versammlung Dr. Dortens nach Ems stattfand, hat der Sozialkommissar Diez Angaben über Kredite bezw. Zahlungen gemacht, die Dorten erhalten habe. Darnach soll Dorten täglich 35 bis 40 000 Franken von Tirard angefordert und zum Teil auch erhalten haben.

„Demokratisiert und versumpft!“

Wie die Blätter aus Köln melden, äußert sich Matthes in der neuen sonderbündlerischen Zeitung über die Mißwirtschaft der verlassenen Koblenzer sonderbündlerischen Regierung folgende Bemerkungen: Das Kabinett jermühte sich durch die immer schärfer werdende Gegenfälschung zwischen Ehrlichkeit, Unehrlichkeit, Idealismus, Materialismus, Unselbstständigkeit, Selbstsucht, Moral und Amoral. Hierzu kamen noch die Lebensmittelpreiserhöhungen durch den Ernährungsminister Simons und dessen Hilfsarbeiter, woran auch Dorten beteiligt gewesen sei. Die rheinische Bewegung, die rheinische Regierung und die erste Rheinlandrepublik war demokratisiert und versumpft.

Das Mainzer Abkommen in Berlin angenommen.

Berlin, 8. Dez. Die am 1. Dezember in Mainz unterzeichnete Niederschrift über die Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichseisenbahnverwaltung und der Rheinischen Eisenbahnregie hat die Genehmigung der Reichsregierung gefunden.

Die zwischen der deutschen Reichsbahnverwaltung und der Regie getroffenen, am 10. Dezember in Kraft tretenden Vereinbarungen stellen eine Prüfung der deutschseits vorzuliegenden Liste der Ausgewiesenen und zu Gefängnisstrafen verurteilten Bediensteten durch die Regie in Aussicht, und fügen u. a. fest:

Beide Parteien werden sich bemühen, in den Gehältern und Löhnen Gleichstellung zu erreichen. Die dem Regiepersonal erteilten Befehlungen sind grundsätzlich doppelsprachig. Sodann grenzt die Niederschrift die der Reichsbahnverwaltung und die der Regie unterstehenden Bahnhöfe von einander ab und regelt den Wechselverkehr und Wagonaustausch zwischen beiden Verwaltungsgenossen sowie weitere technische Maßnahmen. Auf Grund einer am 16. 12. vorzunehmenden Zählung der Personenzüge, die sich auf den von der Regie und von der Reichsbahn betriebenen Strecken befinden, wird die Reichsbahn der Regie die Anzahl von Personen- und Gepäckwagen übergeben, die als notwendig für ihre Bedürfnisse anerkannt werden, was die Regie ihrerseits der Reichsbahn die Personen- und Gepäckwagen übergeben, die für sie nicht notwendig sind. Eine allgemeine Konferenz für die Regelung der Fahrpläne wird später stattfinden. Für die Personenzüge werden Sonderausweise die Fahrplanfrage unverzüglich regeln. Die deutsche Reichsbahn wird die in den besetzten Gebieten liegenden Lokomotiv- und Wagonwerkstätten Vortmund und Limburg sowie die Weichenwerkstätte in Limburg betreiben. Die deutsche Verwaltung wird in Mainz einen Vertreter haben, der die Verbindung zwischen ihr und der Regie sicherstellt; einen weiteren Vertreter in Essen.

In einer Anlage ersuchen die Vertreter der Regie unter anderem zu befrworten, daß alle von den Besatzungsstellen ergriffenen Sanktionen zurückgezogen, daß eine möglich große Zahl von Eisenbahnern sofort in Freiheit gesetzt wird, und daß alle ausgewiesenen Eisenbahner der besetzten Gebiete erlaubt wird, zurückzukehren, unabhängig davon, ob ihre Wiedereinstellung in den Dienst der Regie in Aussicht genommen wird oder nicht

Die Regie solle vorzugsweise die früheren Eisenbahner ohne Unterschied der politischen Gesinnung wieder einstellen.

Näherdem ist die Rückgabe der Hafen- und Maschinenanlagen in Karlsruhe und Mannheim an die deutsche Verwaltung notwendig. Der Direktor der Regie erklärt, daß er diese Anträge den zuständigen Stellen mit dem Ersuchen übermitteln werde, sie nachvollständig zu prüfen.

Wie das „Tagblatt“ aus Köln meldet, ist mit der gestern erfolgten Genehmigung des Mainzer Abkommens noch keineswegs die Wiederaufnahme des gesamten Eisenbahnbetriebes im besetzten Gebiete verbunden. Die Wiederaufnahme des Verkehrs ist mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, da das früher glänzend organisierte Eisenbahnnetz durch die hohen Frachtsätze der Regie bezahlen müßte und damit zum großen Teil aus ihrer Haut der Gewinn zur Deckung der Reparations-schulden geschneitten würde und daß sie für den Import und Export ausschließlich den französisch-belgischen Wegen ausgeliefert sei. Das schweizerische Interesse aber gehe dahin, möglichst viele Wege für die Ein- und Ausfuhr zu haben, die sich gegenseitig unterbieten. Was für die Eisenbahner gelte, gelte auch für die Rheinischschiffahrt. Wer die Eisenbahnfahrtslinien in den Rheinhäfen in der Hand habe, habe auch den Rhein selbst in der Hand. Die Schweiz wäre also mit ihrer Gesamtwirtschaft ohne wirksames Gegenmittel der französisch-belgischen Verkehrs- und Tarifdiktatur ausgeliefert. Anders sei es, wenn die Bahnen des Rheinlandes in dem Gesamnetz der deutschen Eisenbahnen bleiben würden.

Die Schweiz und die Regie.

Zürich, 11. Dez. Der Berner Korrespondent des Züricher Tagesanzeigers bespricht unter der Überschrift: „Die Schweiz als Leidtragende“ die Rückwirkungen der französisch-belgischen Eisenbahnregie auf die Schweiz und gelangt zu der Schlussfolgerung, daß bei deren Verwirklichung die Schweiz die hohen Frachtsätze der Regie bezahlen müßte und damit zum großen Teil aus ihrer Haut der Gewinn zur Deckung der Reparations-schulden geschneitten würde und daß sie für den Import und Export ausschließlich den französisch-belgischen Wegen ausgeliefert sei. Das schweizerische Interesse aber gehe dahin, möglichst viele Wege für die Ein- und Ausfuhr zu haben, die sich gegenseitig unterbieten. Was für die Eisenbahner gelte, gelte auch für die Rheinischschiffahrt. Wer die Eisenbahnfahrtslinien in den Rheinhäfen in der Hand habe, habe auch den Rhein selbst in der Hand. Die Schweiz wäre also mit ihrer Gesamtwirtschaft ohne wirksames Gegenmittel der französisch-belgischen Verkehrs- und Tarifdiktatur ausgeliefert. Anders sei es, wenn die Bahnen des Rheinlandes in dem Gesamnetz der deutschen Eisenbahnen bleiben würden.

Amerika bleibt dem Völkerbund fern.

Es hat den Wunsch, daß Deutschland wieder auflebe.

Washington, 7. Dez. Die Tagung des Parlaments ist gestern, wie üblich, durch eine sogenannte Botschaft des Präsidenten eröffnet worden. In dieser Rundgebung legt die Regierung die Richtlinien ihrer inneren und auswärtigen Politik dar. Bezüglich der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten erklärte Präsident Coolidge, Amerika habe einen Hauptgrund-satz: amerikanische Politik zu treiben. Amerika habe es erd-gültig abgelehnt, die Völkerbundsorganisation anzunehmen und zu ratifizieren. Der Völkerbund bestehe für Amerika als auswärtige Anstalt. Die Vereinigten Staaten sehen keinen Grund, ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit einzuschränken, indem sie ihm beitrete. Amerika werde gut tun, diesen Grundsatz in allen nationalen Angelegenheiten anzuerkennen und sich darnach zu richten. Die amerikanische auswärtige Politik ist stets von dem Grundsatz geleitet gewesen, dauernde politische Bündnisse zu vermeiden, welche die Unabhängigkeit Amerikas opfern würden. Jedoch seien die Vereinigten Staaten für gütlich: Regelung der Streitigkeiten zwischen den Nationen. Seit fast 25 Jahren sei Amerika Mitglied des Haager Gerichts und habe die Schaffung eines ständigen Weltgerichtshofes angeregt. Dem Senat liege ein Vorschlag vor, wonach die amerikanische Regierung einem ständigen internationalen Gerichtshof ihre Unterstützung geben soll. Dieser Gerichtshof soll ein Instrument sein für die Regelung von Streitigkeiten, dessen Amerika sich bediene, ohne daß es aber dazu gezwungen werden könne. Es empfehle den Vorschlag der Erwägung mit einem Vorbehalt, der klar die Beteiligung Amerikas ausdrücke, dem Völkerbund beizutreten.

Coolidge erklärte weiter, Amerika habe ein direktes Interesse an der wirtschaftlichen Erholung Europas. Wir haben unseren Wunsch immer wieder wiederholt, fuhr er fort, daß Frankreich bezahlt werde und daß Deutschland wieder auflebe, wir haben uns ernstlich bemüht, die Differenzen beizulegen und den Frieden wieder herzustellen. Wir werden dabei beharren, das Gute zu tun, nicht durch Gewalt, sondern durch Vernunft.

Wilde-Revolte in Lissabon.

Lissabon, 12. Dez. Eine revolutionäre Aufstandsbewegung ist vorgestern Abend um 8 Uhr unternommen worden. Sie wurde aber durch energische Maßnahmen der Regierung, die an

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

32) Nachdruck verboten.

Mag ging auf sein Zimmer. Das Fenster, das vor dem Gewitter geschlossen worden war, hatte dem Eindringen der kühlen Gewitterluft widerstanden, es war drückend heiß. Dazu kam noch der Champagner, der seine edle Kraft geltend machte und die Gedanken an Ritter und Molly, die sein Blut bis zur Überhitzung befeuert. So riß er zunächst das Fenster auf und ließ die kühle Regennacht ins Zimmer herein.

Draußen war jede Spur des Gewitters verschwunden. Wie eine schwere Bleidecke hingen die Wolken am Himmel, und reglos rieselte ein feiner Regen nieder.

Wie das Blut in seiner Schläfen hämmerte, und wie die Gedanken seinen Kopf durchwogten. Er wußte nicht, woher sie ihm kamen, er konnte ihre Entstehung nicht mit Sicherheit verfolgen, und es war ihm, als ob er an Zwangsvorstellungen litte. Alles um ihn her erinnerte ihn an seine Jugend, an die ewig schönen Tage seiner ersten und einzigen Liebe.

Dort drüben, wo sich von dem helleren Buchenlaub die fast schwarzen Tannen abhoben, tauchte die Klinge hin, dort hatte er mit Molly manche Stunde gefessen und geplaudert ungetrost. Dort hatten sie Pläne geschmiedet für ihre Zukunft und in der süßen Einsamkeit sich ewige Treue geschworen. Und hier in diesem Zimmer hatte er geträumt von zukünftigen Glück, hier hatte er gearbeitet für die Existenz, hier hatte er gedichtet... gedichtet!

Ob an der Wand unter dem alten Försterbild noch das alte mittelalterliche Liedchen stand, das er in neuen Formen und neuen Wendungen als Abschiedsgruß an die Wand geschrieben? Er nahm das Bild von seinem Haken herunter und hob die Lampe, die Wand zu beleuchten. Richtig, da stand es, und so frisch, als ob er es gestern hingeschrieben hätte, weil ja kein Lichtstrahl die Schriftzüge hatte ausbleichen können. Er wandte sich ab, er wollte nicht lesen. Leider paßte das Liedchen ja heute noch mit seinem traurigen Ton auf ihn und Molly.

Er wollte nicht lesen, und doch zog es ihn wie mit magischer Gewalt hin, und er las:

„Ach Molly, liebste Buhle, Wie gern wär' ich bei dir, Doch rinnen zwei tiefe Wasser Wohl zwischen dir und mir.“

„Ich kann sie nicht Erbschreiten, Es ist kein Kahn am Strand. Ich steh' um harre deiner Und zähle die Körnlein im Sand.“

„Ach Molly, liebste Molly, Wie gern wär' ich bei dir, Doch rinnen zwei tiefe Wasser Wohl zwischen dir und mir.“

Er wollte nicht hier in diesem Zimmer bleiben, die Qual war zu groß. Die Gedanken stürzten zu wild auf ihn ein. Er trat zurück, hing das Bild wieder an seinen Platz und öffnete die Tür. Da war wieder der alte Vorplatz mit dem Geländer und drüben Mollys Zimmer. Ob dort auch noch alles so war, wie bei ihm? Er schritt langsam darauf zu und drückte auf die Klinge. Sie gab nach, aber dunkel und schwül mochte es ihm entgegen. Und als er einen Schritt vorwärts machte, stürzte er fast über altes Gerümpel, das auf dem Boden umherlag. Das ernüchterte ihn einigermaßen. Wenigstens trat ihm hier nicht die Jugend Erinnerung als Gespenst entgegen. Er wollte auch nicht zurück in sein Zimmer, er wollte hinaus in den Wald und morgen unter irgend einem Vorwand wieder nach seiner Wohnung in Kattenhausen gehen. Schnell hatte er den Hut aufgesetzt, nach seinem derben Stock gegriffen, die Lampe genommen und war hinuntergegangen. Auf der Treppe begegnete ihm die Eidechse.

„Der Herr Doktor wollen noch fort?“ fragte sie. „Ja, es ist so schwül oben, ich will noch ein Stündchen in den Wald gehen, es ist ja auch noch früh.“

„Dann stellen der Herr Doktor nur die Lampe auf den Tisch im Vorplatz und schliefen der Herr Doktor die kleine Hintertür von außen ab, der Herr Oberförster kommt immer durch die Haustür.“

„Es ist gut, ich danke schön.“

„Gut Nacht, Herr Doktor.“ Das Mädchen knickte und sah ihm mit einem lockenden Blick in die Augen. Er wandt sich angeekelt ab, ging die Treppe vollends hinunter und stellte die Lampe auf den bezeichneten Tisch. Ob er sich nicht doch lieber eine Büchse mitnahm? Es ist Nacht, und die Nacht ist keines Menschen Freund. Besser ist besser.

Zur Rechten war ja das Zimmer des Hausherrn und der Gewehrschrank immer offen. Er nahm die Lampe wieder auf und schritt nach der Tür. In demselben Augenblick öffnete sich gegenüber der kleine Salon, durch den man zuerst ins Speisezimmer, dann in den Gartensaal gelangte, und in dem scharf erleuchteten Türrahmen erschien Molly. Mag wandte sich um und erschrock, als ob er eine Erscheinung gesehen hätte.

„Entschuldige, Molly, ich wollte mir nur ein Gewehr holen.“

„Du willst noch fortgehen?“

„Ja, in den Wald, so weit mich meine Füße tragen, nur nicht mehr zurück in das schreckliche Zimmer oben unter dem Dach.“

„Ich verstehe dich, und ich will dich unquarkieren.“

„Das wird nicht helfen. Das ganze Haus lastet auf mir, ich kann nicht hierbleiben.“

„Aber du kannst jetzt doch nicht in den Wald gehen, es regnet ja so stark. Komm herein. Es ist vielleicht nur die Einsamkeit, die dich bedrängt, die dir auf die Nerven drückt. Laß uns zusammen plaudern.“

Er hing Hut und Stock in der Vorhalle auf und folgte der Frau nach dem kleinen Salon. Das Fenster war offen, und das dichte Geranke von Schlingrosen davor hing ins Zimmer herein. Schon waren hier und da einige Knospen aufgedrungen und streckten einen leichten süßen Duft aus. Die schwere Bronzeampel war gründ verhängt, so daß der ganze Salon in einem mitleidigen Zwielicht lag. Molly setzte sich auf eine kleine Tausel, nahm eine Etuierei. Nichte ein bißchen daran herum, warf sie wieder hin und sah dann dem Freund ihr gegenüber mit einem müden Lächeln in die Augen.

„Siehst du, so ist man nun. Wir wollten uns durch Plaudern die Zeit vertreiben. Das erste, was ich tue, ist ein Griff nach der Handarbeit.“

(Schluß folgt)

allen kritischen Punkten der Stadt Artillerie aufzuziehen ließ, im Keime erstickt. Präsident Gomez suchte während der Nacht die Koffer und das Schiffszentrum auf, um sich davon zu überzeugen, daß überall die Ordnung aufrecht erhalten war. Gestern haben die Rebellen sich ohne Blutvergießen ergeben.

Die Niederlage der engl. Konservativen.

London, 7. Dez. Der letzte Bericht über die Wahlen besagt: Bisher wurden gewählt: 235 Konservative, 136 Liberale, 167 Mitglieder der Arbeiterpartei, 10 Unabhängige. Die Konservativen gewannen 13 und verloren 93, die Liberalen 65 bezw. 24, die Arbeiterpartei 53 bezw. 13 Sitze.

Vor Baldwin's Rücktritt.

London, 10. Dez. Der Parlamentsberichterstatter des „Standard Express“ teilt mit, daß vorgestern eine Erörterung in der Downing Street stattgefunden habe. Wie verlautet, habe Baldwin beschloffen, zurückzutreten und es werde als sicher angenommen, daß darauf sein Rücktritt von der Führerschaft der konservativen Partei folgen werde.

Am Montag wird ein Kabinettsrat gehalten, auch eine Versammlung der konservativen Partei wird im Laufe der Woche stattfinden. „Daily Mail“ schreibt, wie verlautet, habe Baldwin vor den Wahlen seinem Kabinett mitgeteilt, daß er, wenn er keine Mehrheit erziele, seinen Posten als Führer der Konservativen niederlegen werde. Die Mehrheit der konservativen Minister und Führer sei der Ansicht, daß Baldwin's Rücktritt angenommen werde. Ihre Gedanken richteten sich auf Lord Derby oder Austin Chamberlain als wahrscheinlicher Nachfolger. Sie seien außerdem der Ansicht, daß unverzüglich an Asquith und Lloyd George herangetreten werden solle, um eine konservative Koalition als Grundlage der neuen Regierung zu schaffen.

Beklemmung in Paris.

Paris, 7. Dez. Die Nachrichten aus London für den Ausgang der Wahlen verursachten in Paris nicht geringe Beklemmung. Da, was nach den bisher vorliegenden Resultaten nicht mehr zu bezweifeln ist, die Konservativen eine so entscheidende Niederlage erlitten haben, daß sie allein nicht mehr über die Regierungsmehrheit im Unterhaus verfügen, befürchten die Pariser Blätter davon auch eine Aenderung des politischen Kurses in England. Einige Blätter erklären sogar schon, daß der Sturz Baldwin's und der Wiederaufstieg Lloyd Georges zur Wacht den Rücktritt Poincarés zur Folge haben müsse, da Lloyd George sich als einer der erbittertesten Feinde Poincarés erwiesen habe.

Die neuen Goldgehälter.

Festhalten an den beschlossenen Sätzen. — Der Zwang zur Sparbarkeit.

Berlin, 11. Dez. Das Reichskabinett hat sich heute erneut mit der Beamtenbesoldung befaßt. Trotz der bekannten, in Berlin gemeinschaftlich abgegebenen Erklärung der Staatssekretäre hat die Reichsregierung an den beschlossenen Sätzen festgehalten, weil unsere Finanzlage eine andere Regelung durchaus nicht zuläßt. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß die Gehälter selbstverständlich eine Besserung erfahren müßten, sowie die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung seien. Gerade die jetzige äußerste Einschränkung sei eine Voraussetzung dafür, daß eine solche Besserung überhaupt erzielt werden kann.

Ein Protest aus dem Auswärtigen Amt.

Berlin, 11. Dez. Die Blätter veröffentlichen einen Brief des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Maltzahn, worin darauf hingewiesen wird, daß die neuen Goldgehälter der Beamten den schärfsten Protest der Beamten des Auswärtigen Amtes hervorgerufen hätten und auch nach seiner Ansicht nicht tragbar seien. Gehälter, die bei einer Verteuerung des Lebensunterhalts auf das Doppelte noch die Hälfte des Friedensgehaltes betragen, würden das gesomte Beamtenamt völlig zugrunde richten. Ein Vergehen der Beamenschaft gerade in der gegenwärtigen politisch sehr gespannten, vielleicht aber nicht ganz aussichtslosen Lage würde außenpolitisch verhängnisvoll. Für das Auswärtige Amt müßte es jede Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik ablehnen.

Der Preisabbau ganz unzulänglich.

Die Preise für Inlandwaren dürfen die Friedenspreise nicht übersteigen!

Berlin, 13. Dez. Der Präsident des Landespolizeiamtes veröffentlicht eine Anweisung an die Polizeiverwaltungen über die Goldmarkrechnung. Die schon früher angekündigte Liste der Erzeuger, Groß- und Kleinhandelspreise aus der Vorkriegszeit für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs wird veröffentlicht. In der Anweisung werden, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, die Polizeiverwaltungen erneut zu rückichtslosem Einschreiten in allen Bucherfällen und zur Anwendung aller polizeilicher Mittel gegen Wucher aufgefordert. Wie bekannt, haben die Spitzenverbände von Industrie und Handel kürzlich beschlossen, das unverzüglich in allen Fällen der Warenherzeugung und Warenverteilung zur reinen Goldmarkalkulation unter Beseitigung der Risiko-Zuschläge für Geldentwertungsfahrten überzugehen ist. Der bis jetzt erfolgte Preisabbau ist aber noch ganz unzulänglich. Auch ist dem Landespolizeiamt bekannt, daß Teile der Industrie und des Großhandels bereits wieder eine Heraufsetzung ihrer schon weit über dem Friedenspreis liegenden Warenpreise vornehmen, das heißt also, jeden Preisabbau sabotieren. Die Bekanntgabe der Vorkriegspreise wird der Deffenlichkeit daher im weitesten Maße eine Kontrolle der Angemessenheit der geforderten Preise ermöglichen. Der Preis für Inlandwaren wird entsprechend der allgemeinen Weltteuerung und je nach dem Herkunftsland dem Vorkriegspreis nicht um mehr als 50—70 Prozent überschritten werden dürfen. Inlandwaren, bei denen zwar auch Verteuerungsmomente in Frage kommen (Steuern und Produktionsseinschränkung), aber erhebliche Verbilligungsmomente im Vordergrund stehen (niedrige Miete sowie geringe Löhne und Gehälter) werden die Friedenspreise in dieser Höhe lange nicht erreichen dürfen.

Helfferich oder Schacht?

Berlin, 13. Dez. Auf der heutigen Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Reichsrates stand u. a. die Wiederbesetzung des Postens des Reichsbankpräsidenten, wofür der Reichsrat das Vorschlagsrecht hat. Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgelehnt und zwar, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, aus dem Grunde, weil die Ausschüsse des Reichsrates über die vorzuschlagende Persönlichkeit sich nicht einigen konnten. Der in Betracht kommende frühere Reichsfinanzminister Dr. Helfferich fand nicht die Zustimmung, wurde vielmehr von allen Ländern mit Ausnahme von Bayern abgelehnt. In Betracht kommt nunmehr wahrscheinlich der Währungskom-

missar Dr. Schacht, gegen diesen hat aber Bayern Widerspruch erhoben.

Die Schulden des Deutschen Reichs am 31. Oktober 1922.

Als der Krieg ausbrach, hatten wir eine Reichsschuld von rund 5 Milliarden Goldmark. Mit dem Kriegsausbruch erhöhte sich die fundierte Schuld durch die Kriegsanleihen. Jedoch ist sie heute gleich Null, da die Inflation, wenn keine Aufwertung eintritt, sie so gut wie gestrichen hat. Am 31. Oktober 1922 bezug die fundierte Schuld an Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen, Prämienanleihe rund 60 486 Millionen Mark und die schwebende Schuld 7 019 640 230 354 Millionen Mark, zusammen also 7 079 640 230 354 Millionen Mark. Das sind astronomische Zahlen, in Gold umgerechnet betragen sie 408 Millionen, also noch nicht so viel wie der Goldbestand der Reichsbank. Die Schuldenlast hat sich aber durch die Ausgabe von wertbeständigen Geldzeichen mehr als verdoppelt. Bis zum 31. Oktober 1922 waren 690 Millionen Mark wertbeständige Zahlungsmittel ausgegeben, also mehr als die gesamte übrige Staatsschuld betrug. Dadurch wurde die Schuld des deutschen Reichs am 31. Oktober 1922 auf 1096 Millionen Goldmark erhöht.

Eindrücke von draußen her.

Ein seit 20 Jahren in Brasilien lebender Deutscher schreibt von dort dem Schw. Merk. in einem Briefe:

... Wir Deutsche hier draußen hängen, glaub ich, mit viel mehr Liebe an unserem alten Vaterlande, wie ihr selbst, aber die Deutschen von heute lieben wir nicht, es sind so viele unaterlandlose Gesellen darunter. Beweise hierfür haben wir jeden Tag hier, denn von den vielen Deutschen, die mit jedem Schiff hier ankommen sind ein sehr großer Teil Lumpen. Es geht ihnen auch herzlich schlecht und kein Mensch will sie haben, die deutschen Geschäftsbauer am wenigsten. Diese Leute kommen hier an, sind faul wie die Sünde, wollen möglichst wenig arbeiten, aber recht viel verdienen; sie machen den Chef schlecht, weil er mehr verdient, wie die Angestellten und Arbeiter und verheben so das ganze Personal. Na, und erst die Weiber! Die haben es gleich heraus, daß es sich auf den Wegen des Leichtsinns hier besser leben läßt, als bei der Arbeit. Es ist ein Schand, ich könnte Dinge und Tatsachen von deutscher Willkürhaftigkeit und Schande erzählen, die man drüben wahrscheinlich gar nicht glauben würde. Dazu kommt ein oft unglaublich anmaßendes Auftreten. Ein Bolz, das seine Waffen weggeschmissen hat, braucht anderen Nationen keine Lehren mehr zu geben; vor allem müßte es sich hüten, anderen ein neues wirtschaftliches Einmaleins vormachen zu wollen. Mit 8 Stunden Arbeit oder Nichtarbeit, mit Tarifen vom grünen Tisch, kommt man zu keiner Produktion, mit der man am Weltmarkt bestehen kann. Und mit der Inflation läßt sich nicht ewig Konkurrenz machen. Besten Falls haben die alten Feinde Deutschlands ein mitleidiges Lächeln, bekehren lassen sie sich durch diese Albernheiten nicht, am wenigsten von einem Deutschen.

... Für die Franzosen gibt es doch nur ein Ziel und das ist die Vernichtung des deutschen Volkes. Sie wissen ganz genau, daß, wenn Deutschland wieder auf die Füße kommt, es mit Frankreich zu Ende ist. Darüber sind sie sich alle einig, so vollständig, als die Deutschen es nicht sind. Und ein deutsches Emporkommen wollen sie mit allen Mitteln verhindern und deshalb gibt es für das deutsche Volk keinen Pardon. Iniquitäten Deutschlands wird die übrige Welt auch keinen Finger rühren. Und wer hat die Schuld an dieser Lage? Ich will mir kein Urteil anmaßen, aber was ist es, das wir Deutsche im Ausland und die Angehörigen irgend einer anderen Nation bis heute nicht haben verstehen können? Wie konnte ein Volk von 60 Millionen dem Feind seine Waffen und seine Schiffe kampflös ausliefern, seine Frauen und Kinder schutzlos lassen? Oder habt ihr denn wirklich geglaubt, daß euch eure Feinde aus Pena dafür, gleich darauf umarmen würden? So etwas hat es bis heute in der Weltgeschichte nicht gegeben! Dies können die anderen Völker nicht begreifen und deshalb ist auch so wenig Sympathie für das heutige Deutschland im Ausland.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 12. Dez. (Protestversammlung.) Man hat bisher allgemein in dem Glauben gelebt, unsere Realschule werde demnächst in eine neunklassige Schule ausgebaut werden. Umso mehr hat darum die Nachricht überrascht, die siebente Klasse solle den Abbaumaßnahmen des Staates zum Opfer fallen. Das hat bei den Bewohnern in Stadt und Bezirk lebhaftste Entrüstung hervorgerufen welche in einer Protestversammlung gegen diese Absicht zum Ausdruck kam, die am Dienstag Abend im Rathausaal stattfand und von hier und auswärts stark besucht war. Aus den verschiedenen Reden sei hervorgehoben, daß die Schule anerkanntermaßen eine der bestgelegenen und auch stärkstofftesten ist. Die Amtsstadt mit Umgebung liegt so weit von den nächsten größeren Städten weg, daß es unmöglich ist, Kinder die dortigen Oberklassen besuchen zu lassen, ohne dieselben in Pension geben zu müssen. Das sei aber bei den heutigen Verhältnissen den meisten Eltern unmöglich. Es bedeute somit einen kulturellen Rückschritt, wenn man der ländlichen Bevölkerung den Weg zur höheren Schulbildung versperre, gerade in dem Augenblick, da von höchsten Regierungsstellen der Ruf „freie Bahn den Tüchtigsten“ verkündet worden sei und auch in den freien Berufen heute mehr denn je auf beste Schulbildung gesehen, ja vielfach nur erzmunierte Leute angestellt werden. Wenn schon abgebaut werden müsse, so möge man zunächst einmal oben anfangen und in den größeren Städten beginnen. Dort gibt es bekanntlich jeweils mehrere neunklassige Anstalten, von denen sicher manche überhaupt verschwunden, manch andere abgebaut werden kann, ohne Schaden für die Stadtbevölkerung. Aber das Land verschone man mit kulturellen Rückschritten; denn die Landbevölkerung ist nicht mehr gewillt, sich künftig, wie früher, als Volk zweiter Klasse behandeln zu lassen, da auch die Steuern von ihnen erklassig verlangt werden. Der vom Kultusministerium gegebene „Hofstrost“ die siebente Klasse privat weiterzuführen, wurde glatt zurückgewiesen. Die Bevölkerung verlangt unbedingt auch fürs platte Land Anstalten, aus denen die Schüler ohne Nach- und Mühsenergehen in höhere übertrreten können; der geplante Abbau der 7. Klasse ist umso unverständlicher, als sie dem Staat keine Kosten verursacht, die von der Stadt Sinsheim getragen werden. Es wurde eine Kommission beauftragt, an maßgebender Stelle sofort schärfsten Protest zu erheben und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß von dieser Maßnahme Abstand genommen wird. Gleichzeitig wurde, insbesondere von auswärtigen Eltern, an die Stadtgemeinde die Bitte gerichtet, in ihren jetzigen Bemühungen um Ausbau der Anstalt zu einer neunklassigen nicht zu erlahmen, da eine solche Schule gerade in der Amtsstadt Sinsheim mit ihrem großen Hinterland notwendig sei, als irgendwo sonst.

* Sinsheim, 14. Dez. (Kasino.) Die Kasino-Gesellschaft hielt gestern ihre Herbst-Generalversammlung ab. Nachdem nun wieder eine feste Währung eingeführt ist, kann die Vereinstätigkeit wieder aufgenommen werden. Der Jahresbeitrag ist vorläufig auf 6 Goldmark festgesetzt worden. Der Lesezirkel wird wieder eingerichtet, auch Bücher für die Bibliothek sind vorgesehen. Der auf nächsten Sonntag angelegte Familienabend wurde auf den zweiten Weihnachtstagsfeierabend verlegt.

* Sinsheim, 12. Dez. (Der Eisenbahnverkehr nach Offenburg) und im ganzen Gebiet des Rehter Brückenkopfes wurde, wie uns ein eigener Drahtbericht aus Karlsruhe meldet, nach Vereinbarung zwischen den deutschen und französischen Amtsstellen am Donnerstag, dieser Woche durch die deutsche Verwaltung wieder aufgenommen.

* Sinsheim, 12. Dez. (Mutter von Gutschnein.) Es sei auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die von der Reichsbahndirektion Karlsruhe herausgegebenen Gutschnein zu 10 und 20 Millionen sowie zu 1 Milliarde mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 zur Einlösung aufgerufen wurden. Sie werden noch bis mit 31. Dezember 1922 von den Eisenbahnkassen an Zahlungskass oder zum Umtausch gegen gesetzliche Zahlungsmittel angenommen. Mit dem 31. Dezember verlieren diese Gutschnein ihre Gültigkeit als Zahlungsmittel.

* Sinsheim, 12. Dez. (Ermäßigung der Kleinhandelspreise für Kohlen.) Nachdem die Entwertung der Mark jetzt zum Stillstande gekommen ist, konnte in der letzten Sitzung des Preisbeirats der Landeshauptstelle die Kohlenpremie beim Kleinhandel gestrichen und hierdurch eine erhebliche Senkung der Kleinhandelspreise für Kohlen ermöglicht werden. Die Ermäßigung wird z. B. für Braunkohlenbrickets in Karlsruhe über 30 Pfg. pro Zentner betragen.

* Sinsheim, 13. Dez. (Von der badischen Pferdewirtschaft.) Die der badischen Pferdewirtschaft nachstehenden Kreise haben in zielbewusster und zäher Wiederarbeitsarbeit mit Hilfe der einzelnen Pferdewirtschaftsgesellschaften die durch den Krieg verursachten Schäden nunmehr zum Teil wieder ausgeglichen. Eine erhebliche Förderung ihrer Bestrebungen hat die badische Pferdewirtschaft durch die Gründung des Landesverbandes für Zucht und Brämierung des badischen Pferdes erfahren, der seinen Geschäftssitz in Freiburg hat.

* Sinsheim, 12. Dez. (Ueber den Turnunterricht während der Winterzeit.) hat das badische Unterrichtsministerium einen Erlaß an sämtliche badischen Schulen gerichtet, nach dem die Leiter der höheren Lehranstalten und Schulbehörden der Volksschulen erneut ersucht werden, der vollen Aufrechterhaltung des Turn- und Spielunterrichts während der Winterzeit im Interesse der Gesunderhaltung, Kräftigung und Förderung der heranwachsenden Jugend angelegentlichste Fürsorge zu widmen. Die vorgeschriebenen Spielstunden sollen auch im Winterhalbjahr ihren geregelten Fortgang nehmen, und wenn die Benutzung der Spielplätze nicht möglich ist, so sollen Wanderspiele durchgeführt werden. Verboten sind infolge besonders ungünstiger Witterung auch dieser Ausweg, so soll eine Turnstunde abgehalten werden.

* Sinsheim, 6. Dez. (Spartanische Weihnachtseinkäufe nicht bis zum letzten Tage auf!) Es gibt Menschen, die haben die Gewohnheit, mit der Erledigung ihrer Weihnachtseinkäufe bis auf den vorletzten oder letzten Tag zu warten. Natürlich haben sie nur allerhand Nachteile, daß sie viel zu teuer einkaufen und bis zum Feste den Zwangsgebank mit sich herumtragen. Du mußt das und jenes noch besorgen, das darfst du nicht vergessen! Wir sollen vor dem schönen Feste von der Stimmung des Festes getragen werden und uns lieber eine beschauliche Stunde ermöglichen, als uns rastlos bis zur Stunde der Bescherung abzuhalten. Darum besorge dir, was du zu besorgen hast, nicht zu spät!

* Walsdorf 12. Dez. (Jubiläum. — Fortschritt.) Hauptlehrer Fremmel kann in diesem Jahre auf ein 30-jähriges segensreiches Wirken an hiesiger Volksschule zurückblicken. Zu Ehren ihres Amtsbruders hatten sich dieser Tage die Kollegen des Bezirkslehrervereins Neckarbischofsheim im Gasthaus zum „Badischen Hof“ hier versammelt, um ihn durch eine kleine Fester zu ehren. — Um dem Fortschritt, der in den hiesigen Verbänden verheerende Formen angenommen hat, wirungsvoller zu begegnen, hat die Stadtgemeinde S. Stadelberger als Hilfswaldhüter in ihren Dienst gestellt.

* Neckarbischofsheim, 11. Dez. (Milchpreis.) Die hiesigen Landwirte haben beschlossen, von heute ab den Milchpreis auf 20 Pfg. für das Liter ab Stall festzusetzen. Das entspricht dem Friedenspreis wie er 1914 bestanden hat.

* Aus dem Amtsbezirk, 6. Dez. (Stadt und Land.) Ein Landwirt schreibt uns: Warum die Hege in der Stadt gegen uns Bauern? Vor mir liegt eine Notiz in der „Neuen Bad. Landesztg.“, nach der die Amerikaner uns nicht unterstützen wollen, weil die deutschen Bauern nicht gegen Papiermark verkaufen. Glaubt einer der Zeitungsschreiber solchen Unsinn selber? Oder will er sich nur bei seinen Lesern beliebt machen und sie gegen die „wucherischen“ Bauern aufhetzen? Warum der Bauer nicht gegen Papiermark verkauft, so ten folgende Beispiele erläutern: Ein Freund aus Mannheim hat mich schriftlich, ihm 50 Eier zu besorgen. Meine Schwestern kauften diese (es war im August) in unserem und in den Nachbarländern zusammen und schickten sie nach Mannheim. Nach 4 Wochen erfolgte die Bezahlung, für die ich gerade noch ein Ei bezahlen konnte. Derselbe Freund hat mich um einen Sack Weizenmehl: Ich bekam einen solchen nur gegen Zahlung von 1 1/2 Zentnern Grünkern und schickte ihn nach Mannheim. Drei Wochen später erfolgte die Bezahlung, die gerade zum Kauf von 1 Pfund Mehl ausreichte. Am Fälligkeitstage mußte ich, um meine Steuern bezahlen zu können, 4 Sack Weizen verkaufen. Als ich zum Finanzamt kam, war dieses seit 10 Minuten geschlossen. Am nächsten Tage war der Multiplikator von 300 auf 600 hinaufgesetzt worden, sodaß ich zum Steuerbezahlen noch zwei weitere Sack Weizen verkaufen mußte. Ich lieferte Milch an ein städtisches Krankenhaus. Noch heute ist mir dieses die Milch vom Monat August (jetzt schreiben wir Ende November) her schuldig. Kann der sachlich Denkende uns Landwirten wirklich overdenken daß wir wirklich nicht mehr gegen Papiermark verkaufen können? Warum regt sich denn der Städter auf, wenn wir in wertbeständigem Geld noch nicht einmal den Friedenspreis fordern? Warum dagegen bezahlt er ohne Murren für industrielle und andere Erzeugnisse das 1 1/2—3fache vom Friedenspreis? Macht die Bauern nicht schlecht, ihr Städter, sondern denkt daran, daß nur durch deren Arbeitsfreudigkeit bisher Deutschland vor dem Hungerode demahrt wurde.

* Albig, 13. Dez. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestern dahier stattgehabten Bürgermeisterwahl haben von 840 Wahlberechtigten 348 abgestimmt. Gewählt wurde mit Stim-

menmehrheit Herr Landwirt Adolf Rauzmann. Die Wahlhandlung verlief in größter Ruhe und Ordnung.

= **Neckarzimmern**, 13. Dez. (Betriebsaufnahme.) Nach monatelanger Stilllegung ist das hiesige Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik dieser Tage wieder in Betrieb genommen worden. Dadurch tritt eine erfreuliche Besserung des Preismarktes ein.

= **Aus dem Oberwald**, 9. Dez. (Ein Diebesversteck.) Bei Grobweidenbach geriet ein Heuschäber, der in einer Talsenkung stand, in Brand. Zwar konnte nichts gerettet werden, aber bei den Aufräumungsarbeiten fand man, daß eine Diebesbande hier ihren Unterschlupf hatte. Eine Menge Einbrecherwerkzeuge, Knochenreste und verbrauchte größere Fleischstücke wurden gefunden. Vermutlich handelt es sich um die Einbrecher, die die Viehdiebstähle im Wechnigtal und Umgebung in der letzten Zeit ausführten.

= **Schatthausen**, 10. Dez. (Verhaftung.) Wegen Ver-

gehens gegen Paragraph 178 des R. St. G. B. wurde der 17jährige Dienstknecht Otto Stroh verhaftet und in das Amtsgefängnis Wiesloch eingeliefert.

= **Kirrgen**, 9. Dez. (Eine furchtbare Tragödie) hat sich gestern abend hier abgespielt. Ein aus Altlshheim gebürtiger Ingenieur hatte an seiner Braut, einem 23jährigen Mädchen aus Keilingen, einen verbotenen Eingriff gemagt, weil sich das Mädchen in geeigneten Umständen befand. Die Handlung mißglückte, das Mädchen starb in kurzer Zeit. Der Ingenieur schloß sich darauf eine Kugel durch den Kopf, die den sofortigen Tod des Mannes herbeiführte. Wie man hört, wollten die jungen Leute in 3 Wochen sich verheiraten.

= **Mannheim**, 14. Dez. (Schwerer Kampf mit einem Dieb.) Heute morgen kurz nach 8 Uhr gab es hier in einer Wohnung in der Nähe des Bahnhofes eine schwere Schießerei. Ein Mann namens Wolf sollte in seiner Wohnung Friedrichsfelder Straße 63 unter dem Verdacht des Schieß-

maschinendiebstahls verhaftet werden. Wolf setzte sich aber gegen die Kriminalbeamten zur Wehr und schoß auf sie aus seinem Revolver. Einer der Beamten wurde dabei schwer verletzt. Nun wurde polizeiliche Verstärkung herbeigeholt, doch schoß Wolf aus seiner Wohnung heraus weiter auf die Beamten, als sie eindringen wollten. Er konnte noch zwei Beamte verletzen, ehe seine Ueberwältigung gelang. Von den drei getroffenen Kriminalbeamten hat der eine einen Schuß in den Mund, der zweite einen Oberschenkelschuß und der dritte eine Armoerlegung davongetragen.

t **Triberg**, 9. Dez. Der 61 Jahre alte Werkmeister Anton Wismann von Schönwald wurde auf der Straße von dort nach hier von zwei unbekanntem Tätern überfallen, die seine Taschen durchsuchten und ihm eine hölzerne Tabakdose abnahmen. Schon Ende November wurde an dieser Stelle Anna Reher aus Schönwald von einem unbekanntem Mann angehalten.

Vor Weihnachten

sind sämtliche Ladengeschäfte **Sinsheim's Werktags bis 6 Uhr — Sonntags von 1—6 Uhr geöffnet.**

Infolge Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel sind die Preise der Sinsheimer Geschäfte wesentlich ermäßigt. **Ortsverein Sinsheim des Einzelhandels.**

Geschäfts-Eröffnung.

Montag, 17. Dezember

Martin Bauer **Mannheim**
Sinsheim
Hauptstraße

Tabakwaren engros

Für Wiederverkäufer und Wirte Vorzugspreise.

Von morgen Samstag ab stehen in meiner Stallung, **Gasthaus zum Anker in Neckargemünd**

erstklassige fette Schweine

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladet

Ludwig Rückeshäuser.

Wilh. Märklen, Heilbronn

Sälmertorbahnhohe Feilenfabrik Christophstrasse 46 I.

empfiehlt sich im

Aufhauen stumpfer Feilen

sowie in Lieferung sämtlicher Sorten neuer Feilen zu billigsten Preisen.

Bereinsbank Sinsheim

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Fernsprecher Nr. 9 Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 276

Wir eröffnen

Rentenmark-Konten

und vergüten für Einlagen

bei täglicher Kündigung 4 %
bei monatlicher Kündigung 6 %

Ueber diese Guthaben kann durch Barabhebung, Scheck und Ueberweisungsauftrag verfügt werden.

Wir übernehmen stets Aufträge in

Wohn- und Schlafzimmer

sowie Kücheneinrichtungen jeder Größe und Aus-
führung. Verschiedene Möbel sind stets greifbar.

R. u. W. Lehmann, Möbelschreinerei
Waibstadt.

Guterhaltene

Singer-Nähmaschine

mit Fußbetrieb, Eisenbahn mit Zubehör und Sonstiges zu verkaufen. Hauptstr. 259, 2. St.

Violin

Mandolinen
Gitarren — Lauten
sämtl. Zubehörteile
Kinder-Instr.
Saiten — Muskatien
für alle Instrumente
Schallplatten
Tisch-, Stand- und
Kofferrapparat

empfehlen in billiger Preislage

Neuenheimer Musikhaus
Reiher & Kurth
Heidelberg
Brückenstraße 8.

Weihnachtseinkäufe

in Kleidern und Schuhen decken Sie jetzt am günstigsten bei

Kennert, Heidelberg
Ladenburgerstr. 39.

Biete an:

Arbeitschuhe von Mk. 4.50 an; getr. Herrenschuhe von Mk. 3.50 an; neue Herren- u. Burschenüberzieher, Ulster u. Raglan von Mk. 20.— an; Burschen- u. Herrenanzüge v. Mk. 28.— an; blaueleinene Arbeitsanzüge v. Mk. 4.50 an; Sonntagshosen v. Mk. 8.40 an; Sportshosen v. Mk. 7.50 an; Lederhosen v. Mk. 10.— an; getr. Werktagsmäntel v. Mk. 5.— an; Holzschuhe, Herren-, Damen- u. Kinderstiefel für Sonn- u. Werktag. Hemden, Winterschuhe und sonst Verschiedenes, solange Vorrat reicht.

Bitte ausschneiden und aufbewahren!

Bei Einkauf von mindestens Mk. 25.— vergüte ich das Fahrgehd. Sonntags von 11 bis 6 Uhr geöffnet.

Hurt Rehm

Carola Winter

Dr. Paul Behrens
Regierungsrat

die

Frau Brunhilde Hallstein

G. Becker'sche
Buchdruckerei

Sinsheim beim Bahnhof

Genter & Berkemeyer
Mannheim

Telephon Nr. 1203

Vertreter **Ernst Doert**

Sämtliche Neuheiten in
Visit- u. Gratulationskarten

bei grösster Auswahl und
schönster Schriftausstattung

liefert

rasch, pünktlich
und billig

Feurio

**Feurio ist mild und ohne Schärfe,
schont daher die Wäsche.
Feurio enthält 80% Fett,
ist daher sparsam im Gebrauch.**

TRUEB

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Raminfegebühren betr.
Mit Wirkung vom 2. Dezember 1923 bis auf weiteres sind die Raminfegebühren berechnigt, folgende Gebühren zu erheben:

I. Für das Reinigen der Ramine ob ruffisch oder steigbar.		Goldpf.
Für ein einstöckiges Ramin für jedes weitere Stockwerk		13 5
II. Weitere Gebührensätze.		
Rauchfang		7
Größere Rauchfänge		10
Raminabstufklappen		7
Abdecken der Ramine		5
Raminverlängerung über 52 cm Lichtweite		7
Wandzüge		7
Bodenzüge bis zu 3 m jeder weitere Meter mehr		20 10
Herausnehmen und Wiedereinsetzen der der Reinigung unterliegenden Zuleitungsrohre bis 1 m		5
Zuleitungsrohre bis 2 m		7
3 m		10
Raminaufsätze jeder Art		5
Verlängerungsrohre werden als Ramin berechnet.		
Füße für größere Feuerungsanlagen m eine einfache bürgerliche Rauchkammer gewerbliche		20 20 35
2 stöckige für abgelegene, d. h. mehr als 1 km von der geschlossenen Ortsanlage entfernten Gebäude und Höfe für jedes Ramin mehr		10
III. Für das Reinigen der großen Betriebshamine.		
Der Bäcker und im Gebäude eingebaute Ramine grö- ßerer Feuerungsanlagen, sowie ruffischer Ramine von außergewöhnlicher Lichtweite über 26 cm	Goldpf.	65
für Zentralheizungskamine 10 qm Heizfläche mit 10-20 qm		65 130
IV. Für Ausbrennen.		
Für ein einstöckiges Ramin		50
jedes weitere Stockwerk mehr		13
eine bürgerliche Rauchkammer		40
gewerbliche		65
zweistöckige		100
Das zum Ausbrennen nötige Material hat der Hauseigen- tümer zu stellen.		
V. Unterfuchung der Ramine und Rauchkammern.		
Die Lagen für das Unterfuchen von neu ausgeführten, aus- gebefferten oder teilweise erneuerten Raminen (§ 18 der Ramin- fegebührensatzung) betragen:		
Für ein einstöckiges Ramin	30 Goldpf.	
für jedes weitere Stockwerk mehr	10	
Für die Unterfuchung unbenützter Ramine sind die gleichen Gebühren wie für die Reinigung zu bezahlen.		
Für Befichtigung einer neu erstellten Rauchkammer	30 Goldpf.	
Erfolgt die Prüfung neu erstellter Ramine und Rauchkammern außerhalb des Wohnorts des Raminfegebers, so hat er, wenn sie nicht gelegentlich der Raminreinigung vorgenommen wird, eine Gebühr von 10 Pfg. für den zurückgelegten km anzusprechen.		
Solange diese sogenannten Goldgrundgebühren in Papiermark bezahlt werden, ergibt sich der jeweils zu zahlende Papiermark- betrag durch Vervielfachung der entstehenden Pfennigzahlen mit dem amtlich festgestellten Markwert des Vortages, des Tages, in dem das gebührenpflichtige Geschäft vorgenommen wird.		
Sinsheim, den 4. Dezember 1923. Bad. Bezirksamt.		

Abänderung des Baufluchtplanes der
Stadtgemeinde Sinsheim betr.
Die vom Gemeinderat Sinsheim beantragte Abänderung des
mit Bezirksratsentscheidung vom 8. 11. 1910 festgestellten Orts-
bauplans der Stadtgemeinde Sinsheim wurde in der Bezirksrats-
sitzung vom 30. Oktober 1923, wie solche in dem vorgelegten Plane
begl. der Vühnerstraße rot eingezeichnet ist, gemäß § 5 Abs. 3
des Ortsstrafengesetzes genehmigt.
Die Einsicht des festgestellten Ortsstrafungsplanes ist jedermann
an den üblichen Geschäftsstunden auf dem Rathause in der Zeit
vom 17. Dezember 1923 bis 15. Januar 1924 gebührenfrei gestattet.
Sinsheim, den 7. Dezember 1923. Bad. Bezirksamt.

Rhein-Ruhr-Abgabe.
Nach der Steuernotverordnung des Reichspräsidenten vom 7.
Dezember 1923 haben die Steuerpflichtigen, deren Einkommen im
Kalenderjahr 1922 hauptsächlich in Einkünften aus Handel, Ge-
werbe, Landwirtschaft, Grundvermögen oder Kapitalvermögen (mit
Ausnahme festverzinslicher deutscher Wertpapiere) bestanden hat,
bereits auf 18. Dezember 1923 ohne besondere Aufforderung die
erst am 5. Januar 1924 fällige dritte Teilzahlung der Rhein-Ruhr-
Abgabe zu entrichten. Diejenigen Steuerpflichtigen, deren Ein-
kommen im Jahre 1922 hauptsächlich aus auf deutsche Währung
lautenden festverzinslichen Werten, aus Arbeit, aus freiem Berufe,
aus Pensionen, Wartegeld, Leibrenten, Zuschüssen, Lotteriegewinnen
oder Spekulationsgewinnen besteht, sind deshalb keine erhöhten
Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer zu leisten haben, sind
zur Rhein-Ruhr-Abgabe nur dann pflichtig, wenn ihr gesamtes
steuerbares Einkommen im Kalenderjahr 1922 eine Million Mark
überstiegen hat. Sie haben in diesem Falle die dritte Teilzahlung
ebenfalls bereits am 18. Dezember 1923 zu entrichten. Die an
diesem Tage zu leistende Teilzahlung der Rhein-Ruhr-Abgabe be-
trägt 0,50 Goldmark für jede volle tausend Mark der Jahres-
einkommensteuerpflicht für 1922, soweit der Feststellung des Ein-
kommens ein Wirtschaftsjahres-Abschluss vor dem 1. Juli 1922
zugrunde liegt, ist die zu leistende Zahlung zu vervierfachen, be-
trägt also zwei Goldmark für jede volle tausend Mark der
Jahressteuerpflicht. Die Zahlung hat in allen Fällen nach dem am
Zahlungstage geltenden Goldumrechnungsätze für Reichsteuern
zu erfolgen und zwar bei der Kasse des unterzeichneten Finanz-
amts, oder bei der für den Zahlungspflichtigen zuständigen Steuer-
einnahmestelle. Wer nach dem 18. bis einschließlich 21. Dezember
zahlt, kann nach dem am 18. ds. Mts. geltenden Umrechnungsatz

seiner Verpflichtung genügen. Wer nicht rechtzeitig zahlt, hat, un-
befugdet der zwangsweisen Beitreibung der Schuld, diese mit 5
v. H. in Goldmark zu verzinsen.
Den Erwerbsgesellschaften werden über ihre Zahlungspflicht
besondere Benachrichtigungen zugehen.
Sinsheim, den 12. Dezember 1923. Finanzamt.

Bekanntmachung.
Vorauszahlung auf die Gemeindeumlage
1923/24 betr.
Die Vorauszahlung auf die Gemeindeumlage 1923/24 beträgt
für den Monat Dezember 1923 von je 100 Mk. Steuerwert
1. Betriebsvermögen 1 Goldpfennig
2. Gebäude 2 " "
3. Einzelne geschätzte Grundstücke 4 " "
4. Wald 8 " "
5. Klassifiz. Grundstücke und Hofgüter 8 " "
Die Umlageschuld ist in der Zeit vom 20. Dezember 1923 bis
5. Januar 1924 an die Stadtkasse zu bezahlen.
Der genaue Betrag der Schuldigkeit ist auf der Stadtkasse zu
erfahren oder aufgrund des zuletzt herausgegebenen Forderungs-
zettels, worin die Steuerwerte angegeben sind, selbst zu ermitteln.
Sinsheim, den 12. Dezember 1923.
Bürgermeisteramt: Sidler. Buhl.

Am Dienstag, den 8. Januar 1924, nachmittags 2 Uhr
wird auf dem Rathause dahier die Ausübung der hiesigen Ge-
meindejagd auf 6 Jahre, Lichtmes 1924 bis
dahin 1930 öffentlich verpachtet.
Das Jagdgebiet umfasst die ganze Ge-
markung und wird in zwei Jagdbezirke ver-
pachtet.
Der Jagdbezirk Nr. 1 umfasst alles Ge-
lände von der Gemarkungsgrenze Wagenbach,
rechts der Wagenbacher- und Hauptstraße bis zur Gemarkungs-
grenze Babstadt.
Der Jagdbezirk Nr. 2 umfasst alles Gelände von der Ge-
markungsgrenze Wagenbach, links der Wagenbacher- und Haupt-
straße bis zur Gemarkungsgrenze Babstadt-Kappenuau.
Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, welche sich
im Besitze eines Jagdpasses befinden, oder durch ein schriftliches
Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen, daß gegen die Er-
teilung des Jagdpasses ein Bedenken nicht obwaltet.
Der Entwurf des Jagdpachtvertrages liegt auf dem Rathause
zur Einsicht auf.
Dbergimpfern, den 7. Dezember 1923.
Bürgermeisteramt:
Gabel. Buchart.

Herd
gebrauchter, neu hergerichtet, zu
verkaufen. Zu erfragen unter
Nr. 817 beim Landboten.

Saconieren von Damenhüten
Hutfabrik Elsa Faul
Heidelberg, Sofienstr. 13.

Gänselebern
kauft und zahlt höchste Gold-
markpreise. Zufendung erbitte
durch Eilboten-Paket oder einge-
schriebene Warenprobe. Porto
wird vergütet.
Fa. Wilhelm Raier
Karlsruhe-Mühlburg
Mühlstr. 14. Telefon 2099.

Frachtbriefe empfiehlt die
G. Beder'sche Buchdruckerei

BREMEN



**AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN**

Regelmäßiger Personen- und
Frachtverkehr mit eigenen
Dampfern. Anerkannt vorzüg-
liche Unterbringung u. Verpfle-
gung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-
Versicherung

Nähere Auskunft durch
**NORDDEUTSCHER
LLOYD**
BREMEN
und seine Vertretungen
Sinsheim: Gg. Eiermann Ww.
in Neckarbischofsheim:
Max Jeselsohn, Hauptstr. 4.

**WHITE STAR LINE
AMERICAN LINE**



REGELMÄSSIGER
PASSAGIERDAMPFER VERKEHR
**HAMBURG-NEWYORK
HAMBURG-CANADA (HALIFAX)**
MITTELST DOPPELSCHRAUBEN- UND DREISCHRAUBENDAMPFERN

D. „PITTSBURGH“ . . . 16322 T.	Hervor ragende
D. „MANCHURIA“ . . . 13639 T.	Einrichtung der
D. „MONGOLIA“ . . . 13639 T.	Kajüte u. dritten
D. „CANOPIC“ 12267 T.	Klasse.
D. „MINNEKAHDA“ . . 17221 T.	Vorzügliche
	Verpflegung.

Kostentose Auskunft und Prospekte durch die Passage-Abteilung der
WHITE STAR LINE - AMERICAN LINE
HAMBURG, Alsterdamm 39
oder deren Vertreter:
Hermann Rettig & Co., Heidelberg
Bureau Hauptstraße 77 (im Hotel Wagner). Telegramm-Adresse: Ponte. Telefon 2205.
In Sinsheim a. Els.:
Neben dem Rathaus. **Abraham Seligmann** Neben dem Rathaus.

Der richtige Weg aller Steuerpflichtigen ist
die Führung eines
Organisations-Steuerbuches
fürs Finanzamt. Ämtlich anerkannt, eingeführt und empfohlen.

Landwirte, Gewerbetreibende und Geschäftsleute
müssen es haben, weil bei Unterlassung von Aufzeich-
nungen Geld- und Gefängnisstrafen zu gewärtigen sind.

Reklamationsberechtigt ohne Buchführung. Umfassender Inventurabschluss.

Alleinverkauf:
G. Beder'sche Buchdruckerei, Sinsheim.

Billiger Weihnachtskauf!

Billigste Bezugsquelle für Qualitätsmöbel:

Eich. Schlafzimmer mit 2,00 m Komodenschrank Mk. 1100.—	800.—
„ „ „ 1,60 m Schrank	540.—
Lann. Schlafzimmer „ 1,80 m Schrank	800.—
Speisezimmer mit 1,80 m Buffet, 100 Kred.	600.—
Herrenzimmer „ 1,40 m „ 100 „	850.—
„ „ 1,80 m Büchersch.	450.—
Rüch., natur lackiert „ 1,3570 Schreibtisch	200.—

Einzelne Tische, Stühle, Nähtische, Rauch-
tische, Kinderbetten, Matratzen, Sofas,
Chaiselongues, Ledermöbel etc. etc.

Vergleichen Sie bitte diese Preise mit der Konkurrenz
und Sie finden dieselben 1/3 billiger.

Jacob Frick, Heidelberg
Bleichstrasse 15. Telefon 1088.

Bicsinger & Braun
Gesellschaft für elektrotechn. Installationen
u. Motoren-Reparaturen m. B. H.



Heidelberg
Bergheimerstr. 11. — Telefon 978.

e:
a breite
opfg.
abfg.
a breite
abfg.
je vom
verleger
ist jede
b.
en- und
ariffester
ig inner-
stimmungs-
ber Be-
rühmt.
sicht an-
men an
für tele-
Gewähr
s Uhr
zu stellen
werden.
ig
t Hilfe
jen. so
fran-
ng, die
el Lehr
stärki-
mäßige
schüler-
zählig-
s allen
t umj
n kön-
lt mit,
Belgien
das in
weiter
he Ge-
e in
aber-
han-
paltung
einungs-
euthen
ederen-
lösung
postens
nt.
fischung.
t heute
ng war
ner Er-
beitens
retten.
t gegen
in pfäl-
der dem
ammen-
undert-
r Pfalz
er ver-
Pflidht
ter leb-
cht von
Bolsas-
a. Das
es Ab-
der sich
en soll
gefühles
a. Das
Kündig-
tel. Die
genom-
ngsgefes
as ge-
ter den
mächtig-
t beab-
schaffen
och ver-
ift, gilt
ngsgefes
fall der
iber die
ie aus-
silligung
hr das
der Ab-
id Süd-
der so-
le Be-
estimmt
e zugute
1. Aber
nt sein,
hen In-
cht mit,
ek, ver-
ational-
inander
ch durch
n. Man
amänien
Weise
rk He-
en (De-
riff auf
in hö-
als die
ldete er
kennen
Herbei-
effe be-
reinigung
t hätte,
organ-
e.

Goldpreise und Goldgehälter.

Die Erfahrung sollte eigentlich genugsam erweisen haben, wie verhängnisvoll es ist, wenn in kritischen Zeiten gewisse Begriffe sich schlagwortartig in die Hirne der Massen einhämmern. So ging es uns Deutschen erst jetzt wieder einmal. Suggestiert durch die Vorstellung, daß die Wiedereinführung der sogenannten Goldmarkpreise nun mit einem Schläge die so heiß ersehnten Friedensverhältnisse im Wirtschaftsleben unseres Volkes zurückbringen würde fühlen wir uns jetzt um so herber enttäuscht, da wir einsehen müssen, daß unter den noch vor kurzem als allein heiligmachend gezeichneten Zeichen der sogenannten Goldmarkpreissetzung unsere Lebenshaltung sich durchaus nicht „billiger“ gestaltet hat, sondern auf dem besten Wege ist, für weitere Kreise unseres Volkes eine Katastrophe sondergleichen zu werden. Es soll hier nicht untersucht werden, welche Gründe und aus welcher Berechtigung für die ziemlich schnell erfolgte Enthüllung des so hehlich erwarteten „Goldwunders“ vorhanden sind. So viel steht jedenfalls für den nüchtern beobachtenden Deutschen fest, daß alle diese Entwicklungsstadien nicht so von ungefähr eintreten, sondern letzten Endes doch nur Produkte gewisser wirtschaftlicher Konstellationen sind, die wiederum heute mehr denn je in unmittelbare Verbindung mit den jeweiligen politischen Gegebenheiten stehen. Im engen Zusammenhang mit der Propaganda und mit der endlichen Verwirklichung der Goldmarkrechnung wurde bereits seit geraumer Zeit der Ruf nach „entsprechender“ Einstellung auch der Gehälter auf Goldbasis laut, den unter dem fadenförmigen Deckmäntelchen einer „sozialen Forderung“ die verschiedenen Organisationsgruppen der Arbeitnehmer für ihre Parzellpropaganda auszusprechen suchten. Auch jetzt, nachdem bereits die Ernüchterung so ziemlich allgemein Platz gegriffen hat, seit man mit Schrecken bemerkte, wie etwa von Beginn dieses Monats ab infolge der Hemmung der Dollarkursentwicklung sich die im Oktober noch fast durchweg auf dem Friedensstand bewegenden Preise über ihre „normale“ Basis erhoben und seit man noch immer, wie sich diese oder jene Arbeitnehmergruppe rühmt, die Auszahlung von Goldgehältern erlangen zu haben, berücksichtigt man nun, daß bei den weitaus meisten lebensnotwendigen Produkten sich die Friedensgoldpreise um 100 und mehr Prozent erhöht haben (so bei Textilien um etwa 300 Prozent, bei Rindfleisch um 296 Prozent, bei Schmalz um 416 Prozent, bei Fischen um 2000 bis 2700 Prozent, bei Eiern um 266 Prozent, bei Brotgetreide um 138 Prozent usw.), so erscheint rein äußerlich genommen, die unangenehm in der D. A. Z. von Heinrich Auerbach (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) gegebene Anregung durchaus begründet, nach der es nunmehr darauf ankommt, den Goldindex als Multiplikator bei den Lohn- und Gehaltsberechnungen zur Anwendung zu bringen und so lange die Gehälter nicht voll in wertbefähigenden Zahlungsmitteln gezahlt werden können, zur Verminderung des Inflationsverlustes einen Zuschlag zu zahlen, wie dies im Reichsstatut für die Schuhindustrie bereits in Höhe von 20 Prozent geschieht. Gewiß bleiben — und dies erzeugt beim Empfänger auch der auf Goldmark berechneten Gehälter eben den durchaus verständlichen Kagenjammer — die weitaus meisten Gehälter und Löhne weit unter dem Friedensstand zurück. Stellen wir uns jedoch objektiv auf dies lebenswichtige Problem ein, so müssen wir, so lange wir in Deutschland nicht eine auch mindestens auf den Friedensstand gestiegene Produktion garantierter Wirtschaftsbasis gekonnt haben, und so lange von der Gesamtmasse des Erzeugten noch immer eine Uebermenge unproduktiver mitgeht, zu dem gewiß für den einzelnen herben, doch unabwendbaren Schluß kommen, daß die Einführung von durchgängiger Goldmarkentlohnung zwingend auch eine weitere Erhöhung der Grundpreise zur Folge haben wird, d. h. weder der Wirtschaft selbst noch den Gehaltsempfängern zum Vorteil dienen kann.

Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“.

Nach dem Stande vom 11. Dezember 1923. (Nachdruck verboten.)
Goldmarkt. Die beginnende Genesung ist am deutlichsten hier zu erkennen. Das Ausland hat mehr Vertrauen zu den Zinnersparungen der deutschen Währung wieder bekommen. — Knapp 200 Millionen Goldmark werden genügt, um den ganzen gegenwärtigen Papiergeldumlauf, soweit er von der Reichsbank veranlaßt ist, aufzufangen. Der weitere der Reichsbank zur Einführung der Papier-Mark zur Verfügung gestellte Kredit von 100 Millionen Goldmark wird dann dazu dienen müssen, die Girogelder und einen Teil des Notgeldes abzulösen.
Börsen. Es scheint nach Ansicht maßgebender Finanzkreise ausgeschlossen, daß man in Kürze den Goldmarkkurs von einer Billion nach unten oder oben ändert, auf den die Wirtschaft sich eingestellt hat.
Handel, Gewerbe und Industrie. Vertreter des Großhan-

dels und des Einzelhandels haben bei der Berliner Preisprüfungsstelle einen sofortigen allgemeinen Abbau der Goldgrundpreise im Handel zugesagt und damit bereits begonnen.

Kohlen. Eine Ermäßigung der Kohlegrundpreise steht nach den letzten Meldungen vorläufig nicht in Aussicht. Die heimischen Kohlenpreise gelten immer noch höher als die Weltmarktpreise. Die Industrie hat es sehr eilig, bei Einführung der Festmarkrechnung ihre Gefahr-Prämie anzufordern, aber die Ausgleichung ihrer Preise an eine gehobene Währung macht sie von Voraussetzungen abhängig, die mit der Währungsfrage in keinerlei Beziehung stehen. Hoffentlich macht die Reichsregierung in weitestem Umfange von ihren Rechten gegenüber der Kartellbehörden Gebrauch.

Warenmarkt. Die wahl- und planlose Hantierung von Waren und Lebensmitteln hat allmählich auf demensprechend regelte sich die Preisbildung an den Waren- und Lebensmittelmärkten wieder in normalen Formen. Die unnatürliche Nachfrage, die uns etwa dreifache Friedenspreise beschert hatte, wirkt heute nicht mehr preistreibend.

Lebenshaltung. Eine Hoffnung, an der wir alle fast schon verzweifeln, ist jetzt in Erfüllung gegangen; ein laises Aufatmen geht durch die Verbraucherschaft, die nervöse Hast, des Zeichen unserer Tage, beginnt zu weichen, die Ueberstürzung der Einkünfte läßt merklich nach, die trüben Mienen der geplagten Hausfrauen fassen sich etwas auf und wie eine Weichnachtsbescherung fliegt es von Mund zu Mund: Die Preise sinken!

Bo. der Börse. Der amtliche Berliner Dollarkurs vom 8. Dezember war unverändert 42 Billionen, d. i. 1 Goldmark gleich 1 Rentenmark gleich 1 Billion. Die Schlüsselzahlen waren unverändert.

Verschiedenes.

Was dürfen die Zeitungen kosten? Warum sind die Zeitungen teurer, als sie im Frieden waren — diese Frage wird von manchem gestellt, denen die Zusammenhänge nicht ohne weiteres verständlich sind. Aber die Frage beantwortet sich eigentlich von selbst, wenn der Leser sich die heutigen Zeitungen einmal genauer ansieht. Der Anzeigenteil ist fast vollständig verschwunden und damit die eigentliche Einnahmequelle der Zeitungen. Im Frieden war die Sachlage so, daß der Abonnent gewisse Sachen gar nichts bezahlte. Denn daß er 60 Pfennig anlegte, um einen ganzen Monat für sein Blatt freizugehen, im Frieden zu haben, das konnte man eigentlich nicht eine Bezahlung nennen. Die Zeitungen wurden sozusagen verschont und sie konnten sich das leisten, weil der Anzeigenteil für alles aufkam. Gewiß war das kein gefunder wirtschaftlicher Zustand, aber es war einmal so Sitten — oder vielmehr Usitten — und die Konkurrenzverhältnisse sorgten schon dafür, daß keine Änderung möglich war. Heute liegen die Dinge anders. Auch dem Zeitungsbezieher kann heute nichts mehr geschenkt werden, sondern er muß auch für sein Blatt einen angemessenen Preis anlegen. Das aber auch heute noch die Zeitung zum billigsten gehört, was man kaufen kann, davon überzeugt ein einziger Blick in die Warenpreislifte unserer Tage. Nicht vergesse, daß auch werden, daß alles was die Zeitung zu ihrer Herstellung braucht, heute weit über Friedenspreise steht, namentlich das Druckpapier, und daß die Belastung durch Steuern und andere „gaben heute viel, viel stärker ist als im Frieden. Das Wort von der Not der deutschen Presse ist keine leere Redensart, fast ohne Ausnahme preisen die deutschen Zeitungen sich glücklich, wenn es ihnen gelingt, ihre Existenz über diese Zeit hinaus zu retten.

Er. 17. St. 14. Die Schwäbische Volkspresse berichtet: Vorigen Dienstag fand im Kraber Großen Saale des „Weber-Kreuzes“ eine Tanzunterhaltung statt. Während der Unterhaltung hat ein siebzehnjähriger Jüngling die Bekanntschaft der vierzehnjährigen Schülerin S. M. gemacht. Gegen 11 Uhr sind die beiden Kinder, die bisher zusammen getanzelt haben, plötzlich verschwunden. Die Mutter des Mädchens ist erregt auf die Suche ihrer Tochter gegangen, doch ohne Erfolg. Es war bereits 7 Uhr früh und das Mädchen kam noch immer nicht zum Vorschein. Endlich um 10 Uhr vormittags traf das Mädchen in der elterlichen Wohnung ein und eröffnete ihrer Mutter, daß ihr Tanzpartner sie in seine Wohnung gelockt habe, wo sie bisher gewesen sei. Nun ist in der Angelegenheit eine unerwartete Wendung eingetreten. Der Vater des Jünglings sprach im Wartezimmer vor und bat den Leiter, es zu ermöglichen, daß sein

siebzehnjähriger Sohn das vierzehnjährige Mädchen ehelichen könne. Der Matrikenführer erklärte, daß der Ehegeschlechts nicht im Wege stehe, falls der städtische Oberprokurator nach Untersuchung der beiden sie für genug entwickelt erachte.

Ottochen mit den 13 Bräuten. In einem Berliner Winkkabarett in der Friedrichstraße fiel ein 18jähriger Jüngling auf, der nicht weniger als 13 ebenso jugendliche Damen an seinem Tisch bei Sekt und schönen Speisen um sich versammelt hatte. Er selbst war modern frisiert, hatte ein sauberes Smoking-Overhemd, trug dafür aber einen alten abgenutzten, schmutzigen Anzug und einen schlechten Kragen. Ein Kriminalbeamter, der sich allabendlich in den Weiriskalen nach „Kundschaft“ umgesehen pflegt, näherte sich dem Cavalier und fragte ihn nach seinen Ausweisen.

„Ich bin“ erwiderte er, indem er den Beamten zu einem Gläschen Sekt aufforderte, „der Vorkämpfer des Bankhauses Kullmann — die Märens sind alle meine Bräute!“

Der Kriminalist war nun so ungemütlich, daß er den angekündigten Trunk ablehnte und die vierzehn Jugendlichen nach dem Präsidium mitnahm. Bei dem Verhör stellte es sich heraus, daß er der Banklehrling Otto Hoffmann aus Rostock war, der nach Unterschlagung von 500 Dollar und 500 dänischen Kronen nach Berlin geflüchtet war, sich hier in aller Eile hatte freizulassen lassen und ein neues Overhemd gekauft hatte, um sich allseits mit seinen 13 Bräuten, die er sehr schnell fand, in den Straßen der Großstadt zu verirren.

Dr. schauen deutschen Chemiker. Die deutschen chemischen Patente, die während des Krieges beschlagnahmt waren, wurden von der Regierung an die Chemical Foundation verkauft. Da aber die 4800 Patente zu einem lächerlich geringen Preise verschleudert wurden, hat man nunmehr den Verkauf angefochten, und der Prozeß wird jetzt beim Bundesgericht in Wilmington Delaware, verhandelt. Dabei kamen verschiedene Dinge zur Sprache, die der Schmeichelei der deutschen Chemiker ein günstiges Zeugnis ausstellen. Wie in der „Umschau“ berichtet wird, macht nämlich die Chemical Foundation geltend, daß die erworbenen Patente für sie ziemlich wertlos seien, weil die Deutschen die Gewohnheit hätten, in ihren Patentschriften so wenig über die Herstellungsart mitzuteilen, daß man darnach garnicht arbeiten könne. Um diesen Einwand auf seine Richtigkeit zu prüfen beauftragte der Gerichtshof einen Chemiker, als Sachverständiger die Darstellung des Einprozents nach den vorhandenen Angaben zu versuchen. Es gelang dem beauftragten Chemiker Dr. Freedmann, innerhalb 26 1/2 Stunden Einprozents herzustellen, aber in einem Zustande von dem er selbst eingesehen mußte, daß das Präparat nicht zu gebrauchen sei.

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for various financial instruments and their prices. Includes sections for Anleihen, Bankaktien, Industrieaktien, Schiffahrtsaktien, and Freiverkehrswerte.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts

Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 162 Ochsen, 78 Bullen, 510 Kühe und Rinder, 252 Kälber, 89 Schafe, 962 Schweine. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in Goldmark: Ochsen 1. Kl. 46-50, 2. Kl. 40-45, 3. Kl. 34-38, 4. Kl. 25-30; Bullen 1. Kl. 40-46, 2. Kl. 38-42, 3. Kl. 34-38; Kühe und Rinder 1. Kl. 48-52, 2. Kl. 40-44, 3. Kl. 36-38, 4. Kl. 32-34; Kälber b 35-64, c 52-56, d 46-48, e 40-44; Schafe a 32-35, b 30-32, c 25-28; d nicht notiert, e 20-25; Schweine a 90-100, b 90-95, c 88-90, d 84-88, e 78-84; Säuen nicht notiert. Markterlauf: Mit Großvieh ruhig, nicht geräumt; mit Kälbern und Schafen mittelmäßig, mit Schweinen mittelmäßig, Ueberstand.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, 16. Dezember. 3. Advent. 10 Uhr: Gottesdienst. Dekan Eisen. 11 Uhr: Sitzung des Kirchengemeindeauschusses im Saal der Frauenarbeitschule. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtvikar Meerwein.

Rechnungs-Formulare

loje und auf Blöcken, in allen Formaten, mit Firmen-Druck liefert rasch und billigt die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

Sie hatte ganz leise gesprochen, so wie sie es wohl früher getan hatte, wenn sie sein stürmendes Blut beruhigen wollte. Heute hatte die Stimme die alte Kraft nicht mehr, im Gegenteil, sie weckte die Erinnerung nur lebendiger auf. Er konnte nichts einatmen. Er sah ihr in die Augen. Die jetzt in dem grünen Licht ganz grünlich und unergründlich ausahen.
„Wie schön sie war, wie der Zug des Leidens ihr wunderbares Gesicht nur noch anziehender machte, als es sonst gewesen. Die schöne freie Stirn, umrahmt von den herrlichen rotgoldenen Locken, der süße Mund, der nicht mehr so fröhlich lachen konnte, wie früher, der aber mit seinem herben Schmerzengzug nichts an Lieblichkeit verloren hatte, alles bewegte ihn aufs tiefste. Wie eine mater dolorosa erschien sie ihm, und es sah sie eine wahnstirne Beriberde, sie in seine Arme zu nehmen und zu küssen, zu küssen, bis sie beide unter ihren Küssen erstarrten.“
„Erzähle mir was aus deinen Wanderjahren, Mag.“
„Ach, was soll ich dir erzählen. Meine Lehrjahre schlossen mit einem schneidenden Miston, und der Klang auch durch meine Wanderjahre ungeschwächt hindurch, manchmal leiser, wie eine weitaus tönende Glocke, dann wieder lauter und mächtiger, daß es mir die Seele zerrit und mich ruhelos von Ort zu Ort trieb.“
„Und du hast nie gefunden, was dir...“
„Ach nicht, mein Freund, ich kann dir nicht sagen, wie ich mich gefreut hätte, wenn es dir besser gegangen wäre, als mir.“
„Moll, was du denkst, ist ein grausamer Hohn.“
„Aber laß uns davon nicht reden du hast recht, was sollen wir uns quälen in dem Gedanken an unsere Wanderjahre, die doch zu keinem Ziel geführt haben und nie führen werden.“
„Wohin ist das Ziel nahe, vielleicht.“
Moll schauerte zusammen.
„Mag, wir dürfen so etwas nicht wünschen, das ist schlecht, das ist verächtlich, wenigstens ich nicht, ich habe ja alles so gewollt, ich war ja mein freier Herr.“
„Mein, du hast es nicht gewollt, nie, nie. Ich bin schuld an allem. Mein Stolz, meine Raserei, nenns wie du willst, haben mich abgehakt, die eine Nacht wiederzukehren, und dafür bin

ich gestra mit einem verfluchten Leben, mit einer Nacht ohne Etz und ohne Hoffnung auf die Sonne.“
„Du armer Mag. Sieh, ich muß mich ja mit dem Leben abfinden, und ich kann es ja auch. Meine Nacht ist nicht sternenlos und verflucht habe ich auch noch einmal das Glück, das Morgenlicht zu sehen. Auch du solltest dich losmachen, solltest nahe an der alten Erinnerung hängen. Wenn das Liebesglück verjagt ist, der tröstet sich mit dem Elternglück.“
„Aber Moll, genügt es nicht, daß einer zur Lüge seine Zuflucht nahm, muß ich es auch noch? Soll noch eine dritte unglücklich werden? Ist es nicht genug an uns zweien?“
„Ich bin nicht so unglücklich, wie du denkst, wo mir der Himmel den Trost beschert hat, dich noch einmal zu sehen, in deine tiefen Augen zu blicken, deine Hände zu fassen manchmal, manchmal, und wo ich weiß, du hast mir all das Leid vergeben, das über dich gekommen ist. Ich habe mich abgefunden.“
Sie stand auf, ging mit heftigen Schritten an das Fenster und blickte durch das Gemir der Schlingrosen hinaus, wo im grauen Regendunsel die Mauer lag und das grüne Plankentor, das jetzt verschlossen war. Mag war ihnen geblieben, und starke trieb vor sich hin, denn tief er leise: „Moll“, und wandte den Kopf nach ihr. Er sah ihre Schuhen zucken und dann die ganze schlank liegende Gestalt erbeben, wie eine der hohen Leuten, draußen, wenn der Sturm darüber hinging. Im Augenblick war er aufgesprungen.
„Moll“, flüsterte er heiß und oerlangend.
Da merkte sie sich um, und er sah ihre schönen Augen voll Tränen stehen. Er machte ihr einen Schritt entgegen, und sie streckte beide Hände wie abwehrnd nach ihm aus, aber er wachte nicht mehr, was er tat. Die lang zurückgedämmte Leidenschaft entsetzte ihn in eine wilde Glut. Er sah nichts mehr, als die weißen schlanken Hände und die großen Augen in Tränen stehen. Er sahte nach den Händen und preßte sie beide an die Lippen. Dann rief er die schluchzende Gestalt in seine Arme, seine herenden Lippen suchten ihren Mund und preßten sich dann in heißem Kuß darauf.
„Ach du mein alles, du mein lang verlorenes, endlich gefundenes Lieb!“